



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

## **POLITISCHER JAHRESBERICHT 2004**

**Tschechien, Slowakei, Ungarn**

15. Juli 2004

Heinrich-Böll-Stiftung/ Büro Prag, Barrandovská 1,  
152 00 Praha 5, Tschechische Republik  
Tel: 00420- 251 814 173, Fax: 00420- 251 814 174,  
E-mail: [boell@mbox.vol.cz](mailto:boell@mbox.vol.cz)

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Europa- und Außenpolitik</b> .....	<b>2</b>
1. EU-Beitritt .....	2
Tschechien.....	2
Slowakei.....	3
Ungarn .....	3
2. Europawahlen.....	3
Tschechien.....	3
Slowakei.....	4
Ungarn .....	4
3. Europäische Verfassung.....	5
4. NATO-Beitritt der Slowakei.....	5
5. Visegrád.....	6
<b>II. Bilaterale Beziehungen</b> .....	<b>6</b>
Deutsch-Tschechische Beziehungen.....	6
Deutsch-Slowakische Beziehungen.....	8
Deutsch-Ungarische Beziehungen.....	8
<b>III. Wirtschaft, Innen- und Sozialpolitik</b> .....	<b>9</b>
Tschechien.....	9
Slowakei.....	10
Ungarn .....	12
<b>IV. Umweltpolitik</b> .....	<b>13</b>
Tschechien.....	13
Slowakei.....	15
Ungarn .....	15
<b>V. Ausblick</b> .....	<b>15</b>
<b>Anhang A</b> .....	<b>17</b>
Chronologie der Ereignisse.....	17
<b>Anhang B</b> .....	<b>18</b>
Veranstaltungen.....	18
<b>Anhang C</b> .....	<b>20</b>
Wahlen zum Europäischen Parlament - Ergebnisse.....	20
Tschechien.....	20
Slowakei.....	21
Ungarn .....	22
<b>Anhang D</b> .....	<b>23</b>
Presseberichte über die Arbeit der HBS in Prag.....	23
1. Artikel des Tschechischen Rundfunks vom 27.08.2003.....	23
2. Artikel der Prager Zeitung vom 23.06.2004.....	24

## Zusammenfassung

Der Berichtszeitraum Juli 2003 bis Juli 2004 war für die neuen EU-Mitgliedstaaten und somit für das Programm „EU-Zukunft Mitteleuropas“ von zentraler Bedeutung:

- Die wahlberechtigte Bevölkerung hatte in der Slowakei, Tschechien und Ungarn von April bis Juni 2003 in Referenden für den EU-Beitritt gestimmt.
- In den einzelnen „Monitoring-Berichten über die Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft“ vom 5. November 2003 erörterte die EU-Kommission die gegenwärtige Situation in den jeweiligen Ländern.
- Seit dem 1. Mai 2004 sind die Slowakei, Tschechien und Ungarn Mitgliedstaaten der EU 25.
- Im Juni 2004 fanden die Europawahlen statt. Die Wahlbeteiligung in den neuen Mitgliedstaaten lag deutlich unter der durchschnittlichen EU-weiten Wahlbeteiligung von 45,5 Prozent. Im Europäischen Parlament ist die Slowakei mit 14 Sitzen, Tschechien und Ungarn sind mit 24 Sitzen vertreten.
- Am 18. Juni 2004 wurde die EU-Verfassung verabschiedet, die frühestens 2007 in Kraft treten soll.

# I. Europa- und Außenpolitik

## 1. EU-Beitritt

Die Beitrittsverhandlungen mit den zehn Kandidatenländern wurden im Dezember 2002 in Kopenhagen abgeschlossen. Am 16. April 2003 wurden in Athen die Beitrittsverträge unterzeichnet. Daraufhin fanden in den Kandidatenländern, so auch in der Slowakei, Tschechien und Ungarn, Referenden zum EU-Beitritt statt, die alle positiv ausgingen.<sup>1</sup>

Bereiche, in denen die EU-Kommission von allen drei Ländern „verstärkte Anstrengungen“ fordert und/oder „ernsthafte Bedenken“ äußert, wurden in den einzelnen „Monitoring-Berichten über die Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft“ vom 5. November 2003 erörtert. Zu nennen sind hierbei unter anderem:

Öffentliche Finanzen, Freier Warenverkehr, Gesundheits- und Rentensysteme, Korruptionsbekämpfung, Freizügigkeit von Arbeitskräften (Befähigungsnachweise, Ausbildungslehrpläne), Landwirtschaft (ökologischer Landbau, Qualitätspolitik, staatliche Beihilfemaßnahmen), Verkehr, Achtung und Schutz von Minderheiten (Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma), Umweltschutz (Wasserqualität, industrielle Umweltverschmutzung, nukleare Sicherheit und Strahlenschutz), Justiz und Inneres (Schengen-Aktionsplan, Asyl, Migration, polizeiliche Zusammenarbeit), Außenbeziehungen (bilaterale Abkommen, Entwicklungspolitik). Bei der Freizügigkeit von Arbeitskräften gibt es Übergangsregelungen (nationale Maßnahmen, bilaterale Abkommen), die bis zu sieben Jahre dauern dürfen.<sup>2</sup>

Die am 18. Juni 2004 verabschiedete EU-Verfassung wird frühestens 2007 in Kraft treten. In der Übergangszeit zwischen dem 1. Mai und 31. Oktober 2004 liegt die Schwelle für die Erreichung der qualifizierten Mehrheit im Rat in Anlehnung an die alte Stimmengewichtung bei 88 von 124 Stimmen. Seit Mai 2004 haben die neuen EU-Länder auch eine Vertreterin oder einen Vertreter in der EU-Kommission. Bis zum Ablauf der jetzigen Kommissions-Amtszeit erhalten die zehn jedoch kein eigenes Ressort, sondern arbeiten mit je einer Alt-EU-Kommissarin oder einem Alt-EU-Kommissar als Patin beziehungsweise Paten zusammen. Ab dem 1. November 2004, an dem auch die neue EU-Kommission ihr Amt antreten wird, gelten dann die in Nizza 2000 vereinbarten Regelungen. Im Rat ist demnach eine qualifizierte Mehrheit bei 232 von 321 Stimmen erreicht, das entspricht 72,3 Prozent. Zusätzlich kann ein Mitglied des Rats beantragen, dass überprüft wird, ob diese qualifizierte Mehrheit zumindest 62 Prozent der Gesamtbevölkerung der Union repräsentiert. Ist dies nicht der Fall, kommt der betreffende Beschluss nicht zustande. Ab November 2009 soll dann laut EU-Verfassung die so genannte doppelte Mehrheit gelten (siehe dazu auch Abschnitt 3).<sup>3</sup>

### Tschechien

Das erste Plebiszit in der Geschichte Tschechiens ermöglichte circa acht Millionen Wahlberechtigten, über den Beitritt ihres Landes zur EU abzustimmen. Bei dem am 13. und 14. Juni 2003 durchgeführten Referendum stimmte eine große Mehrheit von 77,3 Prozent für den Beitritt. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,2 Prozent, wobei es in Tschechien im Gegensatz zu anderen Kandidatenländern keine Bedingung für eine Mindestbeteiligung gab.<sup>4</sup> Premierminister Vladimír Špidla forderte im Vorfeld der Abstimmung die Bevölkerung dazu auf, mit „Ja“ zu stimmen und warnte bei einem negativen Ausgang davor, dass „ein Vorhang an unseren Grenzen heruntergehen wird, kein eiserner Vorhang, aber doch ein sehr realer“.<sup>5</sup> Im Gegensatz zu Špidla und den Staatsoberhäuptern der anderen Kandidatenländern lehnte es Staatspräsident Václav Klaus ab, eine Empfehlung für das Referendum in seinem Land abzugeben. So forderte er die Tschechinnen und Tschechen zwar auf, an der Abstimmung teilzunehmen, warf der EU aber einen „gefährlichen Zentralismus“ und „Druck zur Superregulierung“ vor. Über sein eigenes Abstimmungsverhalten gab Klaus keine Auskunft.<sup>6</sup> Während Špidla und die Regierungskoalition durch die positive Abstimmung kurzzeitig gestärkt wurden, wurde Klaus aufgrund seiner Passivität von verschiedenen Seiten kritisiert.

In der erweiterten EU hat Tschechien 24 Sitze im Europäischen Parlament (EP)<sup>7</sup> und verfügt nach den Regelungen von Nizza über 12 Stimmen im Rat<sup>8</sup> (zu den Änderungen laut EU-Verfassung siehe Abschnitt 3). Erster tschechischer EU-Kommissar ist Pavel Telička (Gesundheit und Verbraucherschutz, Pate ist David Byrne). Der tschechische Ex-Chefunterhändler für die Beitrittsverhandlungen mit der EU und Botschafter bei der Union ersetzte den sozialdemokratischen Abgeordneten und Ex-Umweltminister Miloš Kužvart, der im Februar 2004 seine Kandidatur unerwartet zurückgezogen hatte.<sup>9</sup>

## Slowakei

In der Slowakei fand das Referendum zum EU-Beitritt am 16. und 17. Mai 2003 statt. An der Abstimmung, die bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 50 Prozent ungültig gewesen wäre, nahmen 52,15 Prozent der aufgerufenen Wählerinnen und Wähler teil. Davon stimmten 92,5 Prozent für den Beitritt.<sup>10</sup> Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung am ersten Tag des Referendums riefen Premier Mikuláš Dzurinda und Präsident Rudolf Schuster die Bevölkerung nochmals auf, unbedingt abzustimmen und für einen Beitritt zu votieren.

Die Slowakei verfügt in der erweiterten EU über 14 Sitze im Europäischen Parlament<sup>11</sup> und hat im Rat sieben Stimmen<sup>12</sup>. Zum ersten slowakischen EU-Kommissar hat die Slowakei ihren Leiter der EU-Beitrittsverhandlungen, Ján Figel', ernannt. Pate wird der Finne Erkki Liikanen, zuständig für Unternehmen und Informationsgesellschaft.<sup>13</sup>

## Ungarn

Beim ungarischen Referendum zum EU-Beitritt am 12. April 2003 stimmten 83,76 Prozent der Wählerinnen und Wähler für den Beitritt des Landes. Die mit 45,56 Prozent niedrigste Wahlbeteiligung von allen Beitrittskandidaten, die ein Referendum durchgeführt haben, hinterließ jedoch einen negativen Beigeschmack.<sup>14</sup>

In der erweiterten EU stellt Ungarn 24 Sitze im Europäischen Parlament<sup>15</sup> und verfügt über 12 Stimmen im Rat.<sup>16</sup> Erster ungarischer EU-Kommissar ist Péter Balázs. Pate ist Jacques Barrot, zuständig für Regionalpolitik. Balázs war Botschafter in Deutschland, bevor er die Mission seines Landes bei der EU in Brüssel übernahm.<sup>17</sup>

## **2. Europawahlen**

EU-weit wussten im Vorfeld der Europawahlen im Juni 2004 nur 37 Prozent der Befragten, wann die Europawahlen stattfinden werden. Der Anteil der Befragten, die sicher wählen gehen wollten, betrug in Tschechien 23, in der Slowakei 26 und in Ungarn 61 Prozent.<sup>18</sup> Europaweit wurde eine Wahlbeteiligung erwartet, die ungefähr der der letzten Europawahlen entspricht (49,4 Prozent) oder sogar noch ein bis zwei Prozentpunkte darunter liegt. Tatsächlich lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2004 EU-weit mit 45,5 Prozent noch unter den Erwartungen.<sup>19</sup>

## Tschechien

In Tschechien bewarben sich insgesamt 808 Kandidatinnen und Kandidaten und über 30 mehr oder weniger bekannte Parteien für die 24 tschechischen Sitze im EP. Eine Meinungsumfrage im Vorfeld der Wahlen ergab zudem: "Das Europäische Parlament wird in Tschechien als eine glaubwürdige Institution wahrgenommen. Die Vertrauensquote übertrifft sogar die der beiden Kammern des tschechischen Parlaments. Tschechen halten das Europäische Parlament für genauso wichtig wie das tschechische Abgeordnetenhaus."<sup>20</sup>

Die Wahlbeteiligung in Tschechien lag jedoch mit 27,9 Prozent deutlich unter dem EU-Durchschnitt.<sup>21</sup> Stärkste Partei wurde erwartungsgemäß die ODS (Bürgerpartei) mit 30 Prozent und damit 9 Sitzen, die weiteren Wahlergebnisse waren: KSČM (kommunistische Partei) 20,3/9, SNK/ED (Partei Unabhängiger Kandidaten/Europäische Demokraten) 11/3, KDU-ČSL (christdemokratische Partei) 9,6/2, ČSSD (Sozialdemokraten) 8,8/2, Unabhängige 8,2/2. Die Grünen (SZ) erreichten 3,2 Prozent und scheiterten damit an der Fünfprozenthürde.<sup>22</sup>

Die regierende sozialdemokratische Partei erreichten nur zwei Sitze, die kleinste Regierungspartei, die US-DEU (Liberale) scheiterte gar an der Fünfprozenthürde. Der dritte Koalitionspartner, die KDU-ČSL, schnitt noch am besten ab und erreichte ebenfalls zwei Sitze. Die Regierungsparteien stellen damit nur vier der insgesamt 24 tschechischen Sitze im EP. Deutliche Wahlsiegerin ist die EU-skeptische Opposition, bestehend aus Bürgerpartei (ODS) und kommunistischer Partei (KSČM).<sup>23</sup> Die erste Europawahl bedeutete somit für Teile der sozialliberalen Regierungskoalition ein Desaster und unter anderem dieses Wahlergebnis führte am 1. Juli 2004 nach zwei Jahren Amtszeit zum Rücktritt des sozialdemokratischen Premiers Vladimír Špidla und seiner Koalitionsregierung. Innenminister Stanislav Gross wurde daraufhin von Präsident Václav Klaus mit der Regierungsbildung beauftragt. Aller Voraussicht nach wird es zu einer Neuauflage der sozialliberalen Koalition kommen.<sup>24</sup>

Die Parteienlandschaft ist in Tschechien recht klar geteilt in integrationsfreundliche und europaskeptische beziehungsweise europafeindliche Parteien. Die Opposition, bestehend aus kommunistischer Partei (KSČM) und Bürgerpartei (ODS) warnt gerne vor dem Verlust nationaler Souveränität im vereinten Europa. Zwar gibt es auch in der Parteispitze der KSČM Querdenker, die den

EU-Beitritt positiv bewerten. Offiziell ist die Haltung zur EU im Gegensatz zur slowakischen kommunistischen Partei, die den Beitritt ihres Landes prinzipiell begrüßt, ein klares Nein. In der ODS überwiegen EU-skeptische Argumente, die EU-Mitgliedschaft wird bestenfalls als Vernunftfehle betrachtet. Credo: Möglichst wenig Souveränitätsverlust des Nationalstaats. Dies entspricht auch der Haltung des tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, der die Partei gründete.

Die Koalitionsparteien der pro-europäischen sozialliberalen Regierung vertreten hingegen einen optimistischen, mit offen vorgetragener Überzeugung integrationsfreundlichen Europakurs. Der angestrebte EU-Beitritt war stets eine der stärksten Klammern der ansonsten mit sehr knapper Mehrheit regierenden, auch ideologisch breit gefächerten Regierungskoalition. Eine Schlüsselfigur der europapolitische Orientierung Tschechiens ist der christdemokratische Außenminister Cyril Svoboda. Auch die wirtschaftsliberale Freiheitsunion hat sich, nicht zuletzt im Interesse der gemeinsamen Europapolitik, als kompromissbereiter Koalitionspartner erwiesen. Der Chef der liberalen Abgeordnetenfraktion, Karel Kühnl, verbindet die EU auch mit einer intensiveren Zusammenarbeit der kleineren Staaten Mitteleuropas.<sup>25</sup>

### Slowakei

Um die 14 slowakischen Sitze im Europäischen Parlament kämpften 17 politische Gruppierungen. Letzte Umfragen vor der Wahl sahen die Oppositionsparteien SMĚR (Robert Fico) sowie HZDS (Vladimír Mečiar) bei 28 beziehungsweise 17 Prozent. Drei der vier Regierungsparteien, die SDKÚ (slowakisch-demokratische und christliche Union) von Premier Dzurinda, KDH (christdemokratische Partei), SMK (Ungarische Koalition) wurden bei circa neun Prozent gesehen. Die Fünfprozenthürde überwinden sollten zudem noch die Regierungspartei ANO (liberale Neue Bürgerallianz) und die oppositionelle KSS (kommunistische Partei) mit jeweils sieben Prozent.<sup>26</sup>

Die tatsächlichen Ergebnisse sahen demgegenüber überraschenderweise wie folgt aus: Gleich stark schnitten SDKÚ und HZDS mit jeweils 17,1 Prozent und damit 3 Sitzen ab, gefolgt von SMĚR mit entgegen der Umfragen nur 16,9/3 sowie KDH mit 16,2/3 und SMK mit 13,2/2. An der Fünfprozenthürde scheiterten entgegen der Meinungsumfragen die Regierungspartei ANO mit 4,6 und die Kommunisten mit 4,5 Prozent. Die slowakischen Grünen (SZS) waren Teil des Bündnisses SMĚR, ihre Kandidatin schaffte mit Listenplatz Nummer acht den Einzug ins EP nicht.

Insgesamt erhält die Regierungskoalition damit acht der 14 slowakischen Sitze im EP.<sup>27</sup> Das gute Abschneiden der SDKÚ von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda und der mitregierenden KDH war neben dem schwachen Abschneiden des linkspopulistischen SMĚR die große Überraschung der slowakischen Europawahlen.

Die Wahlbeteiligung in der Slowakei betrug lediglich 16,66 Prozent und war damit die niedrigste in allen EU-Ländern.<sup>28</sup>

Insgesamt ist die Eingliederung der Slowakei in die europäischen und transatlantischen Strukturen wenig kontrovers. Keine der slowakischen Parteien läßt sich als direkt „europafeindlich“ bezeichnen, vor allem im Vorfeld des EU-Beitritts hatte „kaum einer der sonst unversöhnlichen Konkurrenten ... es gewagt, offen gegen eine EU-Mitgliedschaft aufzutreten.“<sup>29</sup> Die KDH hatte sich jedoch als einzige slowakische Partei gegen eine Verfassung für Europa ausgesprochen (siehe dazu auch in Abschnitt 3). Der erste slowakische EU-Kommissar Ján Figel' ist pikanterweise Mitglied der KDH.<sup>30</sup> Die regierende SDKÚ sieht sich als Garant einer Slowakei als glaubwürdigen Partner in beiden Bündnissen.<sup>31</sup> Die Regierungspartei ANO betont jedoch, dass die Slowakei global ein Interesse daran hat, auch zu Staaten außerhalb der EU und des NATO-Bündnisses gute Beziehungen zu pflegen.<sup>32</sup> Auch die populistischen Parteien wie der eher dem linken Spektrum zuzuordnende SMĚR wollen ein „gleichberechtigter und selbstbewusster Partner bei den Prozessen der europäischen Integration ... sein“.<sup>33</sup> Die von Vladimír Mečiar geführte HZDS unterstützt laut Politischer Erklärung ebenfalls die Einbindung der Slowakei in die NATO und die EU und bezeichnet diese als vitales Interesse und Schlüsselpriorität in der Außenpolitik.<sup>34</sup>

### Ungarn

Die Wahlbeteiligung in Ungarn lag entgegen der Einschätzungen bei lediglich 38,47 Prozent.<sup>35</sup> Die wichtigste Oppositionspartei Fidesz (Konservative, Bund junger Demokraten) blieb zwar entgegen der letzten Umfragen unter der 50-Prozent-Marke, erhielt mit 47,4 Prozent der Stimmen dennoch die Hälfte der 24 ungarischen Sitze im Europäischen Parlament. Die größte Regierungspartei MSZP (sozialistische Partei) erreichte demgegenüber 34,3 Prozent und damit 9 Sitze, der Juniorpartner der Regierungskoalition SZDSZ (Liberaler Bund) erreichte 7,7 Prozent und damit 2 Sitze.

Die kleinere Oppositionspartei MDF (Ungarisches Forum) erreichte 5,3 Prozent und errang damit einen Sitz. Die kommunistische Partei scheiterte erwartungsgemäß an der Fünfprozenthürde.<sup>36</sup> Verlierer der

Wahl ist die regierende MSZP, Gewinner sind SZDSZ sowie das Ungarische Forum (MDF), das überraschenderweise den Einzug ins EP schaffte. Die ungarischen Grünen (Zöld Demokraták Szövetsége) waren zur Wahl nicht angetreten.<sup>37</sup>

In der ungarischen Parteienlandschaft zeigt sich ein mit Tschechien vergleichbares Bild: Während die regierende sozialdemokratische Partei EU-freundlich eingestellt ist, überwiegt bei der bürgerlichen Oppositionspartei Fidesz mittlerweile ein ausgeprägt euroskeptischer Ton, so auch beim Parteivorsitzenden Viktor Orbán.<sup>38</sup>

### 3. Europäische Verfassung

Beim so genannten Verfassungsgipfel am 17. und 18. Juni 2004 einigten sich die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der 25 EU-Staaten in Brüssel in einem zweiten Anlauf auf eine Verfassung und nahmen den Kompromissvorschlag der irischen Präsidentschaft an. Nachdem der Konvent von Februar 2002 bis Juni 2003 einen Entwurf für eine Verfassung für Europa erarbeitet hatte, fand unter italienischem Vorsitz von 1. Oktober 2003 an die Regierungskonferenz statt. Der Verfassungsentwurf scheiterte jedoch Mitte Dezember 2003 beim europäischen Gipfeltreffen hauptsächlich am Widerstand Polens.

Die wichtigsten der kontrovers diskutierten Punkte der Verfassung lauten nun:<sup>39</sup>

- Bis 2014 wird jedes Mitgliedsland eine Kommissarin oder einen Kommissar stellen. Danach soll es in der EU 27 noch 18 Kommissare geben, die nach dem Rotationsprinzip wechseln, wobei die demografische und geografische Größe aller Mitgliedstaaten berücksichtigt wird.
- Statt der bisher alle sechs Monate rotierenden EU-Ratspräsidentschaft gibt es künftig eine(n) auf zweieinhalb Jahre gewählte(n) Ratspräsidenten/-in. Das Mandat kann erneuert werden.
- Ab November 2009 gilt die doppelte Mehrheit von mindestens 55 Prozent der Mitgliedsländer und mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung. Gegen eine Entscheidung kann ein Veto eingelegt werden, wenn mindestens vier Staaten dagegen sind. Bei sensiblen Fragen (Wirtschafts- und Währungspolitik, Teile der Innen- und Justizpolitik) müssen sogar 72 Prozent der EU-Staaten und 65 Prozent der Bevölkerung zustimmen.
- Statt eines Gottesbezugs in der Präambel der Verfassung wird nur auf das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas“ verwiesen.
- Im Gegensatz zum Konventsentwurf werden die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten erwähnt. Dafür hatte sich vor allem Ungarn stark gemacht.

Als kleine, neue EU-Mitgliedsländer hatten die Slowakei, Tschechien und Ungarn demgegenüber folgende Standpunkte vertreten:<sup>40</sup>

- Prinzip ein Mitgliedstaat – ein(e) Kommissar(in)
- Team-Vorsitz nach dem Rotationsprinzip, also kein(e) feste(r) Ratspräsident(in),
- Doppelte Mehrheit: 58 Prozent der Staaten und 65 Prozent der Bevölkerung,<sup>41</sup>
- Tschechien und Slowakei: Erwähnung christlicher Werte,<sup>42</sup>
- Ungarn: Verankerung von Minderheitenrechten.

Die Verfassung soll im Jahre 2007 in Kraft treten. Sie muss jedoch zuvor noch von den 25 EU-Staaten ratifiziert werden, dafür ist ein Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen. Gerade in einigen euroskeptischen Ländern wie Großbritannien werden deshalb Referenden durchgeführt werden. In der Slowakei, Tschechien und Ungarn ist bisher noch keine Entscheidung gefallen, ob die Ratifizierung der EU-Verfassung durch einen Parlamentsbeschluss oder durch ein Referendum geschehen wird.<sup>43</sup>

In der Slowakei sprach sich die christdemokratische Regierungspartei KDH nach dem erfolgreichen Verfassungsgipfel Mitte Juni 2004 für ein Referendum über die europäische Verfassung aus. Laut KDH schafft die Verfassung einen europäischen Superstaat und schwächt die Nationalstaaten. Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda ist gegen die Abhaltung eines Referendums. Voraussichtlich wird das slowakische Parlament die europäische Verfassung ratifizieren, diese Vorgehensweise wird von allen anderen Parteien unterstützt. Die KDH war als einzige slowakische Partei gegen die Verfassung.<sup>44</sup>

### 4. NATO-Beitritt der Slowakei

Am 29. März 2004 wurde die Slowakei gemeinsam mit weiteren sieben Ländern, den neuen EU-Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Slowenien sowie den EU-Kandidatenländern Bulgarien und Rumänien, Mitglied der NATO. Die Einladung zum Beitritt hatten diese Länder bereits 2002 erhalten.

Tschechien und Ungarn waren der NATO gemeinsam mit Polen bereits im März 1999 beigetreten. Die Slowakei wurde damals letztendlich aus politischen Gründen nicht Mitglied der NATO. Unter der Regierung von Vladimír Mečiar war es in der Slowakei zu undemokratischen Entwicklungen gekommen, weshalb die Slowakei im Jahre 1997 die politischen Beitrittskriterien nicht erfüllte und damit nicht zur ersten Erweiterungswelle der NATO gehörte.<sup>45</sup>

## 5. Visegrád

Die vier Visegrád-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn wollen auch als EU-Mitgliedsländer ihre bisherige Zusammenarbeit fortsetzen. „Die Mitgliedschaft in der EU bedeutet nicht, dass das Feld gemeinsamer Interessen kleiner wird“, betonte der ehemalige polnische EU-Unterhändler Jan Trzuszczynski als Vertreter des Warschauer Außenministeriums bei einem Treffen am 22. Juni 2004 in Warschau. Ein besonderes Interesse der Visegrád-Staaten sei beispielsweise eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarländern. Weiterhin streben die vier Staaten unter anderem eine engere Zusammenarbeit im Umweltschutz an, so die Umweltminister nach ihrem zweitägigen Treffen am ungarischen Plattensee Ende Mai 2004. Die Minister wollen sich zudem für eine offizielle EU-Stellungnahme einsetzen, in der der Umweltschutz auch als Priorität der neuen Mitgliedstaaten bezeichnet wird.<sup>46</sup>

## II. Bilaterale Beziehungen

### Deutsch-Tschechische Beziehungen

#### *Umweltminister Trittin in Tschechien*

Bundesumweltminister Jürgen Trittin nahm am 7. August 2003 an der Inbetriebnahme der Elbe-Messstation Obříství in der Nähe der mittelböhmisches Gemeinde Kly teil. Die Messstation zur Überprüfung der Wasserverschmutzung war durch die Überflutungen im August 2002 zerstört worden. An den Kosten für die Reparatur (10 Millionen tschechische Kronen/über 310 000 Euro) beteiligte sich auch das deutsche Umweltministerium.<sup>47</sup>

#### *Außenminister Fischer: „Gesicht des neuen Europas“*

Außenminister Joschka Fischer besuchte am 25. und 26. August 2003 Prag und nahm an der jährlichen Konferenz der tschechischen Botschafterinnen und Botschafter teil. Dies, so der tschechische Außenminister Cyril Svoboda, sei ein Beweis für die guten deutsch-tschechischen Beziehungen sowie für einen wirklichen Dialog im EU-Integrationsprozess und den Weg Tschechiens in die EU. Während der Versammlung hielt Fischer eine Rede über das „Gesicht des neuen Europas“ nach der EU-Erweiterung. In Hinblick auf die deutsch-tschechischen Beziehungen verwies Fischer nachdrücklich auf die Deutsch-tschechische Erklärung von 1997. Er sagte hierzu: „Je öfter ich diese Erklärung nachlese, desto mehr wird mir die Weisheit, aber auch die Klarheit dieser Erklärung bewusst. Wir sind enge Partner, wir sind gute Freunde, wir haben auch ein tragisches Kapitel in unserer Geschichte. Als Freunde sollten wir über alles sprechen können, wir sollten uns dabei freundschaftlich in die Augen schauen können. Die Deutsch-tschechische Erklärung ist dafür, finde ich, die beste Grundlage.“<sup>48</sup>

#### *Schröder-Besuch nachgeholt*

Am 5. September 2003 stattete Bundeskanzler Gerhard Schröder Tschechien einen eintägigen Besuch ab. Ursprünglich sollte der Besuch im März 2002 stattfinden. Der Besuch wurde jedoch wegen der kontroversen Aussagen des damaligen Ministerpräsidenten Miloš Zeman verschoben (Zeman bezeichnete damals die Sudetendeutschen als „fünfte Kolonne Hitlers“ und bei einem Besuch Israels empfahl er, mit dem palästinensischen Volk ähnlich wie mit den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg umzugehen). Seine Aussagen sorgten in beiden Ländern während des Wahlkampfes für große Aufregung. Der nachgeholt Besuch sollte Verbesserung in den bilateralen Beziehungen demonstrieren. Schröder traf Präsident Václav Klaus, Ministerpräsident Vladimír Špidla sowie die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern Petr Pithart und Lubomír Zaorálek. Er betonte während seines Aufenthalts die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik, die nach vorne gerichtet sein müsse. Es gebe zwischen Tschechien und Deutschland viele gemeinsame Auffassungen zum Einigungsprozess.<sup>49</sup>

### *Erster Deutschland-Besuch von Ministerpräsident Špidla*

Der zweitägige erste offizielle Staatsbesuch des tschechischen Premiers Vladimír Špidla in Deutschland am 17. und 18. Februar 2004 stand ganz im Zeichen des bevorstehenden Beitritts Tschechiens zur EU. Špidla und Bundeskanzler Gerhard Schröder bekräftigten, auch nach dem Beitritt die enge Zusammenarbeit beider Staaten noch weiter vertiefen und die europäische Integration weiter voran bringen zu wollen. Des weiteren sprachen die beiden über europäische Fragen wie die EU-Verfassung und die Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt.<sup>50</sup>

### *Verteidigungsminister Struck in Prag*

Bundesverteidigungsminister Peter Struck traf am 20. Februar 2004 mit seinem tschechischen Amtskollegen Miroslav Kostelka sowie mit dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Lubomír Zaorálek zusammen. Struck wurde zudem vom tschechischen Präsidenten Václav Klaus auf der Prager Burg empfangen. Hauptthemen waren die Reform der tschechischen Armee und der Bundeswehr, der internationale Kampf gegen den Terrorismus sowie internationale Friedensoperationen, die europäische Sicherheitspolitik und die Lage auf dem Balkan.<sup>51</sup>

### *Außenminister Fischer: Absage an erneute Beneš-Diskussion*

„Was die Geschichte betrifft, so gilt für uns die Deutsch-tschechische Erklärung“, erklärte Außenminister Joschka Fischer während seines Besuchs in Prag am 27. Februar 2004. Hintergrund war das in der Woche zuvor vom tschechischen Abgeordnetenhaus verabschiedete Gesetz, das die Verdienste des ehemaligen Präsidenten Edvard Beneš hervorhebt. Dieses Gesetz werde die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht belasten, so Fischer und sein tschechischer Amtskollege Cyril Svoboda. Beide Minister hatten zuvor den Neubau der Deutschen Schule in Prag eröffnet.<sup>52</sup>

### *Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“*

Ähnlichen Zündstoff für die deutsch-tschechischen Beziehungen bot die Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Tschechische Politiker lehnten die Idee einer solchen Einrichtung ab. Als Alternative zu dem geplanten Zentrum schlug Regierungschef Vladimír Špidla eine gesamteuropäische Gedenkstätte vor, die Schrecken und Unsinnigkeit von Kriegen anmahnen soll. Ebenfalls mit den Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs befasste sich der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds in seiner Entscheidung, die stark betroffenen Sudetendeutschen nicht zu entschädigen. Die Bundesrepublik Deutschland respektierte diese Entscheidung und begrüßte eine andere diplomatische Entwicklung: Als humanitäre Geste kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Petr Mareš an, er werde 1,6 Millionen Euro veranschlagen, die der diskriminierten deutschen Minderheit in Tschechien zukommen sollen. Profitieren werden von dieser Summe unter anderem diejenigen, deren Arbeitspflicht in der Nachkriegszeit nicht auf ihre Rente angerechnet wurde.<sup>53</sup>

### *Beneš-Dekrete: Sondergesetz und Sudetendeutsches Pfingsttreffen*

Das Sondergesetz über die Verdienste des ehemaligen Präsidenten Edvard Beneš geht zurück auf die Initiative zweier sozialdemokratischer Abgeordneter und einer kommunistischen Abgeordneter. Dementsprechend stimmten die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion (ČSSD) und bis auf eine Ausnahme die gesamte kommunistische Fraktion (KSČM) sowie ein Teil der Bürgerpartei (ODS) für das Gesetz. Die christdemokratische Fraktion (KDU-ČSL) und die Freiheitsunion (US-DEU) sowie der Rest der ODS-Fraktion stimmten dagegen. Der Wortlaut des Gesetzes lautet: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.“ Vorausgegangen war eine stürmische Debatte um die Vergangenheit quer durch die Parteienlandschaft.<sup>54</sup>

Am 30. Mai 2004 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg zu ihrem alljährlichen Pfingsttreffen. Dieses Treffen war aber doch ein besonderes: Tschechien ist nun ebenso wie Deutschland Mitglied der EU, mögliche bilaterale Konflikte werden so zu Konflikten innerhalb der Union. Zwei wesentliche Änderungen gab es beim diesjährigen Treffen, so der tschechische Politologe Robert Schuster: Erstens erklärte Stoiber bislang noch nie so offen, dass er solange die Beneš-Dekrete bestehen nicht nach Prag kommen wird. Zweitens wurde eher am Rande die Initiative von rund 70 Sudetendeutschen bekannt, „die gegen die tschechische Regierung klagen wollen, um auf diesem juristischen Weg ihr seinerzeit aberkanntes Recht wieder zurückzubekommen.“ Zur eventuellen Abschaffung der Beneš-Dekrete sagte Premierminister Vladimír Špidla, die EU habe sich mit dem Thema bereits befasst, die Sache sei abgeschlossen, und er werde sich an keiner neuen Debatte über das Thema beteiligen. Auch ein Sprecher des tschechischen Außenministeriums erklärte,



diese Probleme seien auf Regierungsebene gelöst und verwies auf die Deutsch-tschechische Erklärung aus dem Jahre 1997. Präsident Václav Klaus fügte hinzu, die Dekrete seien unantastbar und Stoibers Äußerungen ein Versuch, die Geschichte umzuschreiben.<sup>55</sup> Pat Cox, Vorsitzender des Europäischen Parlaments, erklärte während seines Besuchs in Prag ebenfalls: „Es ist nicht notwendig sich mit den tschechoslowakischen Präsidentendekreten zu befassen.“<sup>56</sup> Die EU-Kommission hält die Frage der Beneš-Dekrete ebenfalls für gelöst und abgeschlossen, so ein Pressesprecher. Ähnlich äußerte sich auch der tschechische EU-Kommissar Pavel Telička, der in der Zeit der Debatte zwischen Tschechien, Österreich, Deutschland und den EU-Institutionen Chefunterhändler war.<sup>57</sup>

### Deutsch-Slowakische Beziehungen

#### *Bundeskanzler Schröder in Bratislava*

Am 29. Oktober 2003 besuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder die slowakische Hauptstadt Bratislava. Im Vordergrund der Gespräche mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda standen bilaterale und europapolitische Themen. Die Regierungschefs betonten die regen politischen Kontakte und die guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Bundeskanzler Schröder würdigte die Reformpolitik - so beispielsweise die geplante Steuerreform - seines slowakischen Kollegen. Unterschiedliche Auffassungen gab es in Fragen der weiteren Entwicklung der EU und der europäischen Verfassung. Während sich Deutschland dafür einsetzte, die Größe der EU-Kommission zu begrenzen, vertrat die Slowakei als kleines Land das Prinzip „ein Land – ein(e) Kommissar(in)“. Einigkeit bestand jedoch, dass der Verfassungsentwurf insgesamt ein gutes Ergebnis darstelle.<sup>58</sup>

#### *Slowakischer Ministerpräsident in Deutschland*

Der slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda war Mitte Februar 2004 zu einem mehrtägigen Besuch in Deutschland und traf unter anderem auch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen. Die beiden Regierungschefs sprachen über die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen, regionale Themen und europäische Fragen. Dabei standen der bevorstehende EU-Beitritt der Slowakei und die europäische Verfassung im Mittelpunkt.<sup>59</sup>

#### *Bundesaußenminister Fischer in der Slowakei*

Bundesaußenminister Joschka Fischer traf am 12. März 2004 mit dem stellvertretenden slowakischen Ministerpräsidenten Pál Csáky zusammen, der innerhalb der Regierung unter anderem für Fragen der europäischen Integration zuständig ist. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen daher europapolitische und internationale Fragen. Am 12. Dezember 2003 war Fischer bereits mit seinem slowakischen Amtskollegen Eduard Kukan zu einem Gespräch in Berlin zusammengekommen. Hauptthema waren damals neben bilateralen und internationalen Fragen vor allem europapolitische Fragen besonders im Hinblick auf den Verfassungsgipfel am 12. und 13. Dezember 2003 in Brüssel.<sup>60</sup>

### Deutsch-Ungarische Beziehungen

#### *Joschka Fischer in Ungarn*

Am 22. Juli 2003 sprach Außenminister Joschka Fischer vor der jährlichen Botschafter(innen)konferenz des ungarischen Außenministeriums unter anderem zu den Themen EU-Erweiterung, europäische Verfassung und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Anschließend fand ein Treffen mit dem ungarischen Außenminister László Kovács statt. Fischer würdigte die engen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland.<sup>61</sup>

#### *Bundeskanzler besuchte Budapest*

Bei einem eintägigen Blitzbesuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Budapest im November 2003 unterhielt sich dieser mit Premierminister Péter Medgyessy über die europäische Verfassung, die Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Vertiefung der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit. Beide Länder wollen unter anderem in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Verkehrsinfrastruktur und im Agrarbereich enger miteinander kooperieren. Ungarn will bei der Anpassung an EU-Verhältnisse von Deutschlands Erfahrungen profitieren.<sup>62</sup>

#### *Umweltminister Trittin: Kyoto und Ökosteuer*

Gespräche zwischen deutschen und ungarischen Politikern fanden auch auf anderer Ebene statt: Ende 2003 traf sich der ungarische Umweltminister Miklós Persányi mit seinem deutschen Amtskollegen Jürgen Trittin. Im Vorfeld der neunten Konferenz zur Kyoto-Konvention, deren Vorsitz Persányi führte, ließ er sich vom erfahreneren deutschen Umweltminister in Fragen etwa der Ökosteuer oder des Recyclings beraten. Erste Sammelcontainer wurden in Ungarn mittlerweile aufgestellt.<sup>63</sup>

#### *Joschka Fischer in Budapest*

Bundesaußenminister Joschka Fischer reiste am 2. Februar 2004 nach Budapest zu Gesprächen mit seinem ungarischen Amtskollegen László Kovács sowie mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Péter Medgyessy. Im Mittelpunkt der Gespräche standen europapolitische und internationale Fragen. Später eröffnete Fischer gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Budapest, Gábor Demszky, und Bildungsminister Bálint Magyar die Ausstellung „Samizdat – Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa“. Die Ausstellung zeigt 300 Zeugnisse der als „Samizdat“ bezeichneten Untergrundliteratur aus der früheren Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und der DDR.<sup>64</sup>

#### *Justizministerin Zypries in Budapest*

Justizministerin Brigitte Zypries traf sich am 21. Februar 2004 zu einem bilateralen Gespräch mit ihrem ungarischen Amtskollegen Péter Bárándy. Im Anschluss sprach Zypries bei einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Rechtspolitische Perspektiven der europäischen Integration“. Diskutiert wurden im ungarisch-deutschen Dialog dabei die Sorgen vor europäischer Überreglementierung und mögliche Lösungsansätze.<sup>65</sup>

#### *Bundespräsident Rau in Budapest*

Bundespräsident Johannes Rau hielt sich vom 20. bis 22. April 2004 zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Ungarn auf. In diesem Rahmen traf sich Rau unter anderem mit seinem ungarischen Amtskollegen Ferenc Mádl, Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Premier Péter Medgyessy und Ex-Premier Viktor Orbán. Des Weiteren besuchte Rau die soeben eröffnete Holocaust-Gedenkstätte in der Páva utca und die im Herbst 2002 in seinem Beisein eröffneten Gyula-Andrássy-Universität. In seinem Vortrag „Deutschland und Ungarn - Partner in Europa“ äußerte sich Rau in Anspielung auf die Funktion der Universität optimistisch zur Erweiterung Europas: „Die Erweiterung der Europäischen Union wird ein Erfolg werden, das Europa der 25 wird gelingen, wenn es Menschen gibt, die Europa tragen, die einen weiten Horizont haben und europäische Erfahrungen sammeln.“ Im Anschluss verlieh Rau dem Gründungsrektor György Hazai sowie dem Rektor Miklós Kengyel das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik. Rau eröffnete außerdem gemeinsam mit Kulturminister István Hiller sowie den beiden Literaturnobelpreisträgern Imre Kertész und Günther Grass das 11. Budapester Buchfestival.<sup>66</sup>

#### *Verteidigungsminister Struck in Budapest*

Bundesverteidigungsminister Peter Struck besuchte auf Einladung seines ungarischen Amtskollegen Ferenc Juhász vom 13. bis 14. Mai 2004 Budapest. Struck traf sich zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen sowie mit Außenminister László Kovács und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, György Keleti. Hauptthemen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Gespräche waren die Lage im NATO-Bündnis, die bilaterale Zusammenarbeit und aktuelle Themen.<sup>67</sup>

### **III. Wirtschaft, Innen- und Sozialpolitik**

#### Tschechien

##### *Monitoring-Bericht der EU-Kommission*

Die Bewertung Tschechiens durch die Europäische Kommission im letzten Monitoring-Bericht im November 2003 fiel kritisch aus. So kritisierte die Kommission die Lage der öffentlichen Finanzen. Seit Anfang Dezember 2003 ist jedoch die erste Phase der Finanzreform abgeschlossen und Tschechien somit auf den Weg gebracht, die Neuverschuldung des Landes zu senken, um den Maastricht-Kriterien gerecht zu werden. In der zweiten Dezemberhälfte 2003 unterzeichnete der tschechische Arbeits- und Sozialminister Zdeněk Škromach ein ressortspezifisches EU-Memorandum mit Richtlinien zur Angleichung sozialpolitischer Rahmenbedingungen an das Niveau der EU.<sup>68</sup>

### *Špidla übersteht Misstrauensantrag*

Am 26. September 2003 scheiterte ein Misstrauensantrag von Bürgerpartei und kommunistischer Partei gegen die sozialliberale Regierung von Ministerpräsident Špidla mit 98 zu 100 Stimmen. Zuvor fand eine hitzige Debatte über die Einschnitte im Sozialsystem und die gleichzeitige Anhebung diverser Verbrauchssteuern bis 2006 statt, mit denen die Regierung die Ausgaben um 6,5 Milliarden Euro kürzen und die Einnahmen um 2,3 Milliarden Euro erhöhen will. Der ODS gingen die Reformen nicht weit genug, die kommunistische Partei lehnte das Reformpaket ab, weil es die unteren Einkommensschichten belaste. Innerparteiliche Kritik kam von Špidlas Vorgänger als Regierungschef und Parteivorsitzender, Miloš Zeman. Špidla hingegen erklärte, die Reform sei nötig, um das derzeitige Staatsdefizit von 6,2 Prozent in die Nähe der Maastricht-Kriterien (drei Prozent) zu senken.<sup>69</sup>

### *Abschaffung des Wehr- und des Wehrersatzdienstes*

Der verpflichtende Grundwehrdienst wird in Tschechien ab dem 22. Dezember 2004 der Vergangenheit angehören. Ab 2005 soll es nur noch eine reine Berufsarmee geben. Am 2. Juni 2004 beschloss die tschechische Regierung mit dem Entwurf eines neuen Wehrgesetzes, gleichzeitig auch den Zivildienst abzuschaffen.<sup>70</sup>

### *Wirtschaftswachstum*

Das tschechische Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Quartal des laufenden Jahres 2004 um 3,1 Prozent. Dies gab das tschechische Statistikamt am 10. Juni 2004 bekannt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet dies einen leichten Wachstumsrückgang um 0,2 Prozentpunkte. Die 3,1 Prozent entsprechen außerdem exakt der Gesamtwachstumsquote des Jahres 2003. Die tschechische Wirtschaft werde vor allem durch die rasch angewachsenen Investitionen angekurbelt. Außerdem sei das Konsumverhalten der tschechischen Verbraucherinnen und Verbraucher trotz eingeleiteter Finanzreform und Rekord-Arbeitslosigkeit sehr ausgeprägt. Demgegenüber bleibt der Export weiterhin das Sorgenkind.<sup>71</sup>

### *Anstieg der Löhne*

Am 1. Juni 2004 veröffentlichte das tschechische Statistikamt neue Zahlen, wonach der durchschnittliche Monatslohn in Tschechien im zurückliegenden Jahr um mehr als 1.300 auf 16.722 tschechische Kronen (530 Euro) angestiegen ist. Die Löhne stiegen somit im Vergleich zum Beginn des vergangenen Jahres um fast neun Prozent. Die Bandbreite der durchschnittlichen Monatsverdienste reicht dabei von 11.500 tschechischen Kronen (365 Euro) in der Land- und Forstwirtschaft bis zu etwas über 36.000 tschechischen Kronen (1.150 Euro) im Bank- und Versicherungswesen. Regional bestehen ebenfalls Unterschiede: Während in Prag der monatliche Durchschnittslohn bei 20.840 tschechischen Kronen (660 Euro) liegt, beträgt er im Landkreis Böhmisches-Mährische Höhe nur 14.286 tschechischen Kronen (450 Euro).<sup>72</sup>

### *EU-Beitritt brachte keine bedeutenden Preiserhöhung mit sich*

Die Angst der tschechischen Bevölkerung vor dem EU-Beitritt und den vermeintlich damit zusammenhängenden Preissteigerungen schien unbegründet. Im Mai 2004 stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum April um lediglich 0,4 Prozent. Im Vorfeld des EU-Beitritts hatten Medienberichte viele Menschen verunsichert und teilweise zu Hamsterkäufen veranlasst. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Inflation von 2,3 auf 2,7 Prozent. Zwar steigen die Preise in Tschechien seit Jahren und werden auch zukünftig steigen, doch die EU ist dabei nicht der Hauptgrund, so die Expertenmeinung. Die Inflation wurde hauptsächlich von den hohen Treibstoffpreisen (plus 5,7 Prozent) beeinflusst. Die neue Mehrwertsteuer von 19 Prozent ab 1. Mai 2004 war am stärksten zu spüren in der Gastronomie (plus 4,2 Prozent) und bei Dienstleistungen (plus 4,9 Prozent), vor allem bei Gas und Strom führte sie hingegen zu niedrigeren Preisen.<sup>73</sup>

### Slowakei

#### *Monitoring-Bericht der EU-Kommission*

Nach dem letzten Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission von November 2003 hat sich die makroökonomische Lage der Slowakei erheblich verbessert, auch wenn es weiterhin beträchtliche Unausgewogenheiten gibt. Die Fortschritte auf dem Reformweg, auch im Bereich der Öffentlichen Finanzen, erhielten neue Impulse. Die slowakische Regierung beschloss, Anfang 2004 eine

weitreichende Steuerreform umzusetzen und das Rentensystem nach dem Umlageverfahren zu reformieren. Die Einführung einer zweiten gesetzlichen Rentenversicherung ist in Vorbereitung. Es wurden auch Maßnahmen ergriffen, um die strukturellen Defizite des slowakischen Arbeitsmarktes, insbesondere durch eine Neufassung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, ergriffen, so die Kommission.<sup>74</sup>

#### *Steuer-, Renten- und Sozialreform*

Seit 1. Januar 2004 gilt in der Slowakei ein radikal vereinfachtes Steuersystem: 19 Prozent Unternehmenssteuer, 19 Prozent Einkommenssteuer und 19 Prozent Mehrwertsteuer. Die „Flat Tax“ ist Teil einer umfassenden Steuer- und Rentenreform, mit der die slowakische Regierung das jährliche Staatsdefizit auf 3,4 Prozent und damit in die Nähe des Maastricht-Kriteriums von drei Prozent bringen will. Nach den Plänen von Finanzminister Ivan Mikloš soll der Euro im Jahre 2008 eingeführt werden. Von der Steuerreform profitieren vor allem Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener (bisher 38 Prozent) sowie Unternehmen (bisher 25 Prozent), während Geringverdienerinnen und Geringverdiener (bisheriger Eingangssteuersatz 10 Prozent) auch noch durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte tiefer in die Tasche greifen müssen. Dies soll etwas abgemildert werden durch den relativ hohen Steuerfreibetrag von monatlich 6.732 slowakischen Kronen (164 Euro). Das monatliche Durchschnittseinkommen in der Slowakei lag bislang bei etwa 13.000 slowakischen Kronen (316 Euro). Ab Januar 2004 traten zudem Rentenreformen in Kraft. Das Rentenalter wird schrittweise auf 62 Jahre heraufgesetzt und die Rentenfinanzierung umgebaut. Wer neu ins Berufsleben eintritt, zahlt die Hälfte seiner Rentenbeiträge in einen privaten Rentenfonds, die andere Hälfte in die staatliche Sozialversicherung. Für alle anderen ist der Umstieg freiwillig. Laut Berechnungen des Arbeitsministeriums soll so ein(e) Arbeitnehmer(in), die/der sein ganzes Arbeitsleben in die private Rentenvorsorge eingezahlt hat, am Ende eine Rente in Höhe von 60 Prozent ihres/seines Gehalts bekommen. Davon stammen zwei Drittel aus den Privatfonds und ein Drittel aus der staatlichen Sozialversicherung. Die entstehende Finanzierungslücke bei der Umstellung des Systems will die Regierung mit Privatisierungserlösen, unter anderem aus dem Verkauf des slowakischen Gasmonopolisten „Slovenský Plynárenský Priemysel“, kompensieren.

Auch für Arbeitslose und Kranke gibt es Veränderungen. Arbeits- und Sozialämter werden zusammengelegt. Arbeitslose erhalten maximal sechs Monate lang 50 Prozent ihres Gehalts (unter der Voraussetzung, dass sie in den letzten vier Jahren drei Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben). Kranke erhalten in den ersten drei Tagen lediglich 25 Prozent ihres Gehaltes als Krankengeld, dann steigt es auf 55 Prozent.<sup>75</sup>

#### *Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit*

Im ersten Quartal 2004 wuchs das slowakische Bruttoinlandsprodukt (BIP) in realen Preisen um 1,4 Prozentpunkte (2003: plus 0,8) im Vergleich zum Quartal zuvor, so das slowakische Amt für Statistik. Mit einem jährlichen Wachstum von 5,5 Prozent und einem BIP in Höhe von 308,2 Milliarden slowakischen Kronen (7,71 Milliarden Euro) übertraf die Wirtschaftsentwicklung die Erwartungen. Die slowakische Wirtschaft wuchs laut Statistikamt schneller als die tschechische und die ungarische. Mit der Wirtschaftsleistung stieg auch der Lebensstandard, der durchschnittliche Monatslohn liegt jetzt bei 14.541 slowakischen Kronen (364 Euro), die Kaufkraft stieg damit um 2,7 Prozent. Finanzminister Ivan Mikloš sieht die neuesten Zahlen als Widerlegung der Kritik von Opposition und Gewerkschaften bezüglich der Reformpolitik der Regierung. Er warnte jedoch auch vor der Gefahr einer Überhitzung der Wirtschaft. Laut Analysen ist ein langfristiges Wirtschaftswachstum von fünf Prozent möglich.

Das hohe Wirtschaftswachstum wurde jedoch laut Statistikamt von einem Anstieg der Arbeitslosenrate im ersten Quartal 2004 um sechs Prozent begleitet. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate stieg damit um 0,9 Prozentpunkte auf nunmehr 19,3 Prozent. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf Restrukturierungsmaßnahmen in der Industrie, Entlassungen im öffentlichen Sektor und Reformen wie die Erhöhung des Rentenalters.<sup>76</sup>

#### *Roma*

Im Februar 2004 kam es hauptsächlich in der Ostslowakei zu teilweise heftigen Roma-Protesten gegen die Auswirkungen der Sozialreformen. Es kam zu Ausschreitungen, Auseinandersetzungen mit der Polizei und Plünderungen von Geschäften. Die besonders von Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Roma protestierten gegen die Kürzung von Sozialleistungen im Rahmen der Steuerreform. Die Sozialhilfe wurde ab 1. März 2004 um bis zu 50 Prozent gekürzt, die Sozialhilfe für Kinder entfällt ganz, es wird ein von der Kinderzahl unabhängiger maximaler Sozialhilfesatz von 4.210 slowakischen Kronen (104 Euro) pro Familie eingeführt. Viele Roma leben in Siedlungen mit Arbeitslosenraten von 90 und

100 Prozent, haben kaum Aussicht auf Arbeit und leben schon seit Jahren von Sozialhilfe. In der Slowakei leben knapp 400.000 Roma, das sind etwa neun Prozent der slowakischen Bevölkerung.<sup>77</sup> Im Mai 2004 legte das slowakische Arbeitsministerium einen Zwölf-Punkte-Plan vor, mit dem die soziale Lage der Roma verbessert werden soll, ohne dabei die Sozialreform im Land wieder rückgängig zu machen. Sozialhilfeempfänger sollen unter anderem monatlich 1.500 (37 Euro) statt wie bisher 1.000 slowakische Kronen dazuverdienen können. Zudem soll die Sozialhilfe künftig nicht mehr monatlich, sondern wöchentlich ausgezahlt werden. Als Hauptproblem der Roma bezeichnete das Arbeitsministerium nämlich die Wucherpraktiken in den Roma-Gemeinden. Demnach ist es seit Jahren üblich, dass am Tag der Sozialhilfe-Auszahlung Kredithaie rund 60 Prozent davon für die Schuldentilgung einziehen - und damit die Roma-Familien noch tiefer in die Schuldenfalle stoßen. Der slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster begrüßte die Maßnahmen der Regierung, erklärte jedoch, sie lösten nicht das Kernproblem: Die Sicherung von Einkommen und Renten auf einem Niveau, welches ein befriedigendes Leben ermöglicht, werde am ehesten erreicht, wenn in sozial benachteiligten Gebieten mehr in die Schulbildung investiert werde.<sup>78</sup>

### *Neuer Staatspräsident*

Der neue slowakische Staatspräsident Ivan Gašparovič, 62, trat am 15. Juni 2004 sein Amt für die nächsten fünf Jahre an. In seiner Amtsantrittsrede sagt Gašparovič: „Ich denke national und handle sozial.“ Der ehemalige Parlamentspräsident Gašparovič versprach, die Ausrichtung der Slowakei hin zu NATO und EU zu respektieren. Zugleich warnte er, man müsse die eigene Kultur bewahren um in der EU nicht verloren zu gehen. Es wird erwartet, dass sich Gašparovič um engere Beziehungen zu Russland bemühen wird.

Gašparovič war im April 2004 unerwartet gewählt worden. Im ersten Wahlgang schickte er den Regierungskandidaten und amtierenden Außenminister Eduard Kukan mit nur wenigen tausend Stimmen Vorsprung vorzeitig aus dem Rennen. Die Stichwahl gewann Gašparovič mit knapp 60 Prozent deutlich vor dem früheren Ministerpräsidenten und Enfant terrible der slowakischen Politik, Vladimír Mečiar, der aus dem ersten Wahlgang noch als deutlicher Sieger hervorgegangen war. Viele slowakische Wählerinnen und Wähler hatten sich wohl für das ihrer Ansicht nach „kleinere Übel“ entschieden.

Gašparovič hatte im Wahlkampf vor allem die Gegnerinnen und Gegner Mečiar umworben. Im Hinblick auf den EU-Beitritt der Slowakei warnte er, dass Mečiar als Staatschef im Ausland keine Akzeptanz haben würde. Gašparovič selbst war jedoch zehn Jahre lang treuer Gefolgsmann Mečiar, hatte für dessen rechtsgerichtete Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) gewirkt und dessen umstrittene Politik vertreten. Im Jahre 2002 gründete er seine eigene Partei, nachdem Mečiar ihn bei der Aufstellung für die Parlamentswahl 2002 nicht berücksichtigt hatte.<sup>79</sup>

## Ungarn

### *Monitoring-Bericht der EU-Kommission*

Der letzte Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission von November 2003 diagnostizierte in Ungarn eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Trotz der bisher wenig zufriedenstellenden Lage im Land glaubt Ungarn an die Einführung des Euros im Jahr 2008 und will das Haushaltsdefizit bis dahin drosseln sowie die Reallöhne an die Produktivität des Landes anpassen. Kritik aus Brüssel galt dem Verlust des makroökonomischen Gleichgewichts, den die Kommission am Beispiel der veränderten Zusammensetzung des BIP, der Schwankungen des Forintkurses und des Leitzinses festmacht. Der Haushaltsentwurf für 2004, vorgelegt von Finanzminister Csaba László, sagte auch für das kommende Jahr hohe Defizite voraus. Fünf operative Programme sollen die Lage verbessern und mit einer Kombination aus ungarischen und EU-Geldern die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft steigern. Die Europäische Zentralbank versprach günstige Kredite für Investitionen in Ungarns Infrastruktur.<sup>80</sup>

### *Abschaffung der Wehrpflicht*

Mitte Juni 2004 erklärte der ungarische Verteidigungsminister Ferenc Juhász, dass Ungarn keine Wehrpflichtigen mehr einziehen wird. Im Mai 2004 wurden die letzten Wehrpflichtigen eingezogen. 2005 wird Ungarn im Zuge einer Streitkräftereform eine Berufsmarine einführen. Die sozialliberale Regierung erfüllte hiermit eine langjährige Forderung des aus der Dissidentenbewegung hervorgegangenen kleineren Regierungspartners SZDSZ (Liberale). Bislang war die Wehrpflicht nur schrittweise von einst zwei Jahren auf sechs Monate verkürzt worden. Reservisten soll es weiterhin geben. Der Verteidigungsminister erklärte ebenfalls, dass Ungarn nicht daran denke, sein 300-köpfiges

Transportkontingent aus dem Irak zurückzuziehen. Aus Kostengründen werde jedoch eine Beschränkung bei der Teilnahme an verschiedenen UNO-Friedensoperationen erwogen.<sup>81</sup>

#### *Haushaltsdefizit*

Aufgrund des hohen Haushaltsdefizits 2003, das statt der geplanten 4,5 Prozent des BIP bei 5,6 Prozent lag, verlor Finanzminister Csaba László zum 15. Februar 2004 seinen Posten. Nachfolger wurde der Kanzleichef von Ministerpräsident Péter Medgyessy, Tibor Draskovics. Für das Jahr 2004 will Ungarn das Defizit auf 3,8 Prozent und bis 2006 auf unter drei Prozent senken. Dies geschieht im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien zur Einführung des Euro, denn Ungarn will spätestens 2008 auf die Gemeinschaftswährung umsteigen.<sup>82</sup>

#### *Ungarische Minderheit*

In einem bilateralen Vertrag einigten sich die Slowakei und Ungarn im Dezember 2003 auf einen Ersatz für das umstrittene Statusgesetz. Beide Seiten vereinbarten die gegenseitige Unterstützung der nationalen Minderheiten in beiden Ländern. Unter anderem wird in dem Abkommen, das die beiden Außenminister László Kovács (Ungarn) und Eduard Kukan (Slowakei) in Brüssel unterschrieben, die finanzielle Hilfe für Kultur- und Bildungsangebote durch jeweilige Stiftungen in den Ländern geregelt.

Im Jahre 2001 hatte Ungarn unter der Fidesz-Regierung das umstrittene Statusgesetz erlassen, welches den ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern zahlreiche Vergünstigungen zusicherte, wozu auch der erleichterte Zugangs zum ungarischen Arbeitsmarkt gehörte sowie Finanzhilfen für den Besuch ungarischer Bildungseinrichtungen und ein eigener Pass.

Das Statusgesetz war europaweit kritisiert worden und drohte gar ein Hemmnis für Ungarns EU-Beitritt zu werden. Auf Druck der EU sowie der am meisten betroffenen Länder Rumänien und Bulgarien hatte die seit 2002 amtierende sozialliberale Regierung das Statusgesetz immer weiter entschärft. Dies wurde von der EU zwar begrüßt, jedoch sollte sich Ungarn zudem mit seinen Nachbarländern bilateral einigen. Mit Rumänien geschah dies bereits im Sommer 2003, mit der Slowakei gestalteten sich die Verhandlungen schwieriger. Rund fünf der 15 Millionen Ungarn leben außerhalb des Landes, die meisten in Rumänien, der Slowakei, Serbien, Kroatien und der Ukraine.<sup>83</sup>

## **IV. Umweltpolitik**

### Tschechien

#### *Grenzüberschreitende Aktionen*

Zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Österreich wollen Vertreterinnen und Vertreter von tschechischen und deutschen Naturschutzverbänden Europas größtes Biotopsystem auf die Beine stellen. Das „grüne Band“, eine Reihe zusammenhängender Biotope entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, soll länderübergreifend erweitert werden und über die gesamte Länge des früheren Eisernen Vorhangs reichen. Ein weiteres Beispiel für die grenzübergreifende Zusammenarbeit ist das Anliegen des Bundeslands Sachsen und Tschechiens, den Nahverkehr beider Länder besser zu vernetzen. Eine Machbarkeitsstudie soll die Chancen gemeinsamer Bus- und Bahnnetze untersuchen.

#### *Ökosteuer*

Zum Thema Ökosteuer fand im November 2003 in Prag ein Workshop für Umweltexpertinnen und Umweltexperten sowie Medienvertreterinnen und Medienvertreter statt, der im Rahmen der „Tschechisch-deutschen Initiative für den Dialog über die Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik“ veranstaltet wurde. Als Veranstalter zeichneten die Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin und die Ecoconsulting GmbH aus Prag verantwortlich. Hauptreferent des Workshops war Kai Schlegelmilch vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.<sup>84</sup>

#### *Temelín*

Das umstrittene Atomkraftwerk Temelín soll entgegen der Pläne des Industrieministeriums doch nicht weiter ausgebaut werden, so Premierminister Vladimír Špidla Mitte Januar 2004. Die Ausbaupläne waren nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch beim tschechischen Umweltministerium auf Ablehnung gestoßen. Temelín besitzt zwei Reaktorblöcke russischer Bauart, die mit US-amerikanischer Sicherheitstechnik ergänzt wurden.<sup>85</sup>

Seit der Inbetriebnahme des ersten Blocks im Jahre 2000 war es mehrfach zu Störungen gekommen. Zuletzt hatte sich der zweite Block des AKW am 2. Juni 2004 wegen eines defekten Transformators abgeschaltet und musste repariert werden. Dabei waren am 6. Juni 2004 rund 3000 Liter radioaktiv verseuchten Kühlwassers ausgetreten. Die EU entsandte daraufhin sofort Fachleute nach Temelín, die bei einer ersten Untersuchung jedoch keine gravierenden Sicherheitsmängel entdecken konnten. Ende Juni 2004 wurde der zweite Block wieder hochgefahren.<sup>86</sup>

#### *Natura 2000*

Präsident Václav Klaus unterschrieb die Novelle zur Umsetzung der Natura-2000-Regelungen für Umwelt- und Landschaftsschutz am 15. April 2004, praktisch in letzter Minute vor dem EU-Beitritt. Hätte bis zum 1. Mai 2004 keine Gesetzesnovelle vorgelegen, hätte Tschechien mit Sanktionen der EU rechnen müssen und möglicherweise zwei Milliarden tschechische Kronen (rund 63 Millionen Euro) an EU-Subventionen verloren. Politische Auseinandersetzungen um den dazu in 2003 vorgelegten Gesetzesentwurf gab es, weil der tschechische Staat auf der Grundlage der europäischen Neuregelungen Landwirtschaftsbetriebe entschädigen soll, wenn diese auf umweltschonende Produktionsmethoden umstellen. Die nun gültige Gesetzesnovelle ersetzt ein Gesetz aus dem Jahre 1992.<sup>87</sup>

Ab 17. April 2004 lief im tschechischen Fernsehen eine Serie über die Natura-2000-Regelung. Inhalt waren Entstehung und Probleme der Regelung sowie die Auswirkungen des Gesetzes auf den Vogel- und Landschaftsschutz.<sup>88</sup> Derzeit umfassen die Naturschutzgebiete in Tschechien eine Fläche von 1,2 Millionen Hektar, das entspricht 15,24 Prozent des Staatsgebietes. Dieser Anteil soll ausgeweitet werden auf 18,56 Prozent.<sup>89</sup>

#### *BSE*

In Tschechien gab es bisher insgesamt zwölf BSE-Fälle. Zuletzt wurde Anfang Juni 2004 eine kranke Kuh in einem ostböhmischen Landwirtschaftsbetrieb geschlachtet, ein anschließender Schnelltest bestätigte den Verdacht auf Rinderwahnsinn. Der erste tschechische BSE-Fall war im Juni 2001 festgestellt worden. Die Veterinärverwaltung ordnete darauf hin an, alle geschlachteten Rinder, die älter als 30 Monate waren, auf BSE zu testen. So sollen rechtzeitig Maßnahmen gegen eine weitere Verbreitung der Krankheit ermöglicht werden.<sup>90</sup>

#### *Ende der Rollenden Landstraße*

Die so genannte Rollende Landstraße zwischen Dresden und dem tschechischen Lovosice wurde aufgrund fehlender Nachfrage zum 19. Juni 2004 eingestellt. Nach dem EU-Beitritt Tschechiens war durch den Wegfall von Beschränkungen für den LKW-Verkehr die Auslastung auf unter zehn Prozent gesunken. Sachsens Umweltminister hatte noch vor einem Jahr für die Ausweitung des Projekts nach Berlin und Budapest plädiert. Ursprünglich war geplant, das Projekt wenigstens bis zur Fertigstellung der Autobahn A 17 Dresden - Prag im Jahre 2006 weiterzuführen. Seit 1994 verkehrten täglich bis zu zehn Züge in beide Richtungen, wobei ein Zug 23 LKW aufnehmen konnte.<sup>91</sup>

#### *Elbe*

Tschechiens Umweltminister Libor Ambrozek schlug Ende Mai 2004 als Alternative zu den Staustufen der Elbe einen parallel zum Fluss verlaufenden Kanal vor. Vorstellbar sei auch, die Elbe an kritischen Stellen etwas auszubaggern, damit wäre der Schiffsverkehr auch bei Niedrigwasser möglich. Im Gegensatz zum Umweltministerium befürwortet das Verkehrsministerium die Staustufen, um den Fluss ganzjährig befahrbar zu machen. Wegen des Streits der Ministerien hatte das sozialliberale Kabinett die Entscheidung an sich gezogen und soll nun entscheiden, ob das Projekt im öffentlichen Interesse ist oder der Naturschutz die größere Rolle spielt. Der sächsische Umweltminister erklärte, ein solcher Kanal sei zwar ökologisch sinnvoll, aber wirtschaftlich bringe er nichts. Auch die sächsischen Grünen lehnen die Idee des Seitenkanals ab.<sup>92</sup>

Nach den Plänen des tschechischen Verkehrsministeriums sollten für 200 Millionen Euro zwischen Ustí nad Labem und der Grenze zwei Wehre errichtet werden, um die Schifffahrt auf der Elbe zu erleichtern. Tschechische Umweltschützer kritisierten, dass die minimale Verbesserung den Eingriff in die Natur nicht rechtfertige. Der sächsische Umweltminister hatte sich ebenso wie EU-Umweltkommissarin Wallström gegen die Staustufen ausgesprochen.<sup>93</sup>

## Slowakei

### *Natura-2000-Regelung*

Laut slowakischen Umweltschutzorganisationen sind bis zu 60 Prozent der in der Natura-2000-Regelung vorgeschlagenen Vogelschutzgebiete und weitere Naturschutzgebiete von Zerstörung bedroht. Im April 2004 riefen slowakische Nichtregierungsorganisationen die Regierung deshalb dazu auf, den Schutz dieser Gebiete nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Umsetzung ernst zu nehmen.<sup>94</sup> Die derzeitigen Regelungen zur Natura 2000, so Ján Šeffler vom Institut für angewandte Ökologie DAPHNE, seien nicht ausreichend und daher werde die EU-Kommission unter Androhung hoher Strafen in naher Zukunft eine Ausarbeitung dieses Vorschlags fordern. DAPHNE koordinierte die Entwicklung eines Alternativvorschlags der Natura 2000 nach wissenschaftlichen Kriterien.<sup>95</sup>

## Ungarn

### *Nationales Umweltschutzprogramm 2003 - 2008*

Die ungarische Regierung beschloss bereits Anfang Juni 2003 das zweite Nationale Umweltschutzprogramm für die Jahre 2003 bis 2008. Dem Programm liegen wichtige Prinzipien der internationalen Umweltpolitik zu Grunde wie beispielsweise die nachhaltige Entwicklung und die Schaffung der dafür nötigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Hauptziel der Umweltpolitik ist der Aufbau eines stärkeren Umweltbewusstseins innerhalb der Bevölkerung, das in erster Linie durch Umweltbildung und Erziehung erreicht werden soll. Weitere Ziele sind die Prüfung von Maßnahmen aus allen politischen Bereichen auf ihre ökologische Verträglichkeit, Verbesserung der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen sowie mit Städten und Gemeinden auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes. Ein besonderer Schwerpunkt wird der Förderung ökologischer Landwirtschaft eingeräumt. Nach Auffassung des ungarischen Umweltministers Miklós Persányi wird nach dem Beitritt Ungarns zur EU der Umweltschutz in Bezug auf staatliche Investitionen nach der Landwirtschaft die zweite Stelle einnehmen und im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung an gleicher Stelle wie die Wirtschaft stehen.<sup>96</sup>

### *Bilaterale Zusammenarbeit*

Die deutsch-ungarische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes ist in den letzten Jahren vielfältig und erfolgreich gewesen. Zahlreiche gemeinsame Projekte auf der Grundlage des deutsch-ungarischen Regierungsabkommens von 1993 sowie die PHARE-Twinning-Projekte, bei denen deutsche Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten beim Aufbau von Institutionen für den EU-Beitritt und bei der Übernahme von EU-Standards gemeinsam mit ihren ungarischen Kolleginnen und Kollegen wertvolle Arbeit leisteten und immer noch leisten, sind ein Beleg hierfür.<sup>97</sup>

## **V. Ausblick**

Die niedrige Wahlbeteiligung und die Wahlergebnisse bei der Europawahl in den neuen Mitgliedstaaten verdeutlichen, dass auch oder gerade nach dem EU-Beitritt der jeweiligen Länder weiterhin Anstrengungen erforderlich sind, um die Akzeptanz und Informiertheit in Bezug auf die EU zu erhöhen. Um ein wirkliches Zusammenwachsen Europas zu ermöglichen, müssen die alten und neuen Mitgliedstaaten weiterhin gemeinsam an der Gestaltung der EU arbeiten. Dabei gilt es, Vorurteile der Bevölkerung in den neuen und auch in den alten Mitgliedstaaten abzubauen. So hat zum Beispiel eine Untersuchung von TNS Infratest gezeigt, dass die Besorgnis über die EU-Osterweiterung in Deutschland gewachsen ist. Statt 46 Prozent in 2001 waren im März 2004 schon 51 Prozent der befragten Deutschen davon überzeugt, dass die EU-Osterweiterung für die Bundesrepublik Deutschland langfristig gesehen eher Schaden als Nutzen bringen wird. Als häufigste Nachteile wurden Arbeitslosigkeit und die Abwanderung von Arbeitsplätzen sowie die neue (Billig-)Konkurrenz für die deutsche Wirtschaft und ein erhöhter Ausländerzuzug genannt.<sup>98</sup>

Das Interesse der neuen EU-Mitgliedstaaten, so bald wie möglich den Euro einzuführen, ist sehr groß. Dementsprechend werden diese Länder weiterhin bemüht sein, im Hinblick auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien das Haushaltsdefizit zu begrenzen. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen wird daher im Mittelpunkt der meisten Reformvorhaben stehen.

Es wird wichtig sein, auch in anderen Bereichen Akzente zu setzen und sich gemeinsam Aufgaben zu stellen. Zu nennen sind hier vor allen Dingen Umwelt-, Sozial- und Minderheitenpolitik (Roma), Landwirtschaft (Ökologische Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums, Problematik



genmanipulierter Lebensmittel) sowie Außenbeziehungen (bilaterale Abkommen, Entwicklungspolitik, GASP).

Die EU-Verfassung muss in allen EU-Mitgliedstaaten noch ratifiziert werden. Dabei ist noch unklar, wie diese Ratifizierung aussehen wird. Ratifiziert werden kann die Verfassung durch ein Referendum und/oder einen Parlamentsbeschluss. Wenn es in der Slowakei, Tschechien und Ungarn zu Volksabstimmungen kommen sollte, wird es sehr wichtig sein, in dieser Hinsicht Aufklärungsarbeit zu leisten.

## Anhang A

### Chronologie der Ereignisse

<b>2003</b>	
<b>April</b>	<a href="#">Unterzeichnung der Beitrittsverträge in Athen</a>
	<a href="#">Ungarn: Referendum zum EU-Beitritt</a>
<b>Mai</b>	<a href="#">Slowakei: Referendum zum EU-Beitritt</a>
<b>Juni</b>	<a href="#">Tschechien: Referendum zum EU-Beitritt</a>
<b>Juli</b>	<a href="#">Ungarn: Außenminister Fischer - Europapolitik</a>
<b>August</b>	<a href="#">Tschechien: Umweltminister Trittin - Elbe</a>
	<a href="#">Tschechien: Außenminister Fischer</a>
<b>September</b>	<a href="#">Tschechien: Bundeskanzler Schröders nachgeholter Besuch</a>
	<a href="#">Tschechien: Misstrauensvotum der Opposition erfolglos</a>
<b>Oktober</b>	<a href="#">Beginn der Regierungskonferenz zur EU-Verfassung</a>
	<a href="#">Slowakei: Bundeskanzler Schröder - EU-Verfassung</a>
<b>November</b>	Letzte Monitoring-Berichte der EU-Kommission:
	- <a href="#">Tschechien</a>
	- <a href="#">Slowakei</a>
	- <a href="#">Ungarn</a>
	<a href="#">Ungarn: Bundeskanzler Schröder – engere Kooperation angestrebt</a>
<b>Dezember</b>	<a href="#">Scheitern des ersten EU-Verfassungsgipfels</a>
	<a href="#">Ungarn: Umweltminister Trittin – Kyoto und Ökosteuer</a>

<b>2004</b>	
<b>Januar</b>	<a href="#">Slowakei: Steuer-, Renten und Sozialreformen</a>
<b>Februar</b>	<a href="#">Ungarn: Außenminister Fischer – Europapolitik und Samizdat</a>
	<a href="#">Premier Dzurinda in Deutschland</a>
	<a href="#">Slowakei: heftige Roma-Protteste</a>
	<a href="#">Premier Špidla in Deutschland</a>
	<a href="#">Tschechien: Verteidigungsminister Struck – Armeereform</a>
	<a href="#">Ungarn: Justizministerin Zypries – europäische Integration</a>
	<a href="#">Tschechien: Außenminister Fischer – Deutsch-tschechische Erklärung</a>
<b>März</b>	<a href="#">Slowakei: Außenminister Fischer - Europapolitik</a>
	<a href="#">Slowakei: NATO-Beitritt</a>
<b>April</b>	<a href="#">Ungarn: Bundespräsident Rau – Deutschland und Ungarn in Europa</a>
<b>Mai</b>	<a href="#">EU-Beitritt Tschechiens, Ungarns und der Slowakei</a>
	<a href="#">Ungarn: Verteidigungsminister Struck - NATO</a>
	<a href="#">Tschechien: Beneš-Diskussion - Sondergesetz</a>
<b>Juni</b>	<a href="#">Wahlen zum Europäischen Parlament</a>
	<a href="#">Slowakei: Neuer Staatspräsident Gašparovič</a>
	<a href="#">EU-Verfassung verabschiedet</a>
<b>Juli</b>	<a href="#">Tschechien: Rücktritt der sozialliberalen Regierungskoalition</a>

## Anhang B

### Veranstaltungen

#### *Programmschwerpunkt A: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte*

Monat	Titel, Ort (Land)	Projektpartner/ -innen
Nov. 2003	Wissenschaft im Exil – Exil und Emigration, Praha (CZ)	Weichmann-Stiftung, Goethe-Institut, Institut für Zeitgeschichte, Institut für Internationale Studien, Goethe-Institut, Friedrich-Ebert-Stiftung
Februar 2004	Luhačovice Vlado Čecha – Qualität der Demokratie in den Visegrád-Ländern; Roma-Problematik in diesen Ländern, Luhačovice (CZ)	MOSTY
Mai 2004	Ehemalige Roma-Konzentrationslager Lety u Písku und Hodonín u Kunštátu, Praha und Lety u Písku (CZ)	Komitee für die Entschädigung des Roma-Holocausts (VPORH)

#### *Programmschwerpunkt B: Nachhaltige Entwicklung und Ökologie*

Monat	Titel, Ort (Land)	Projektpartner/ -innen
Juli 2003 – Juli 2004	Ständige Ausstellung und Seminare im Ökopavillon, Praha (CZ)	Liga Ökologischer Alternativen (LEA)
Sept. 2003	Biojahrmarkt, Praha (CZ)	LEA
Febr. 2004	BioFach-Messe, Nürnberg (D)	Pro-Bio
April 2004	Wiederherstellung des alten Flussverlaufes der Donau, Seminar auf der Donau (SK, HU)	Nonprofit Fond Rosnička
Juni 2004	10 Jahre Ökopavillon, Praha (CZ)	LEA
Juni 2004	Bioakademie der Ökologischen Landwirtschaft, Lednice (CZ)	Pro-Bio, Bio Ernte, Tschechisches und Österreichisches Landwirtschaftsministerium
2004	Modellprojekt Waldzertifizierung (CZ)	FSC (Pracovní skupina pro certifikace lesů FSC v ČR)

#### *Programmschwerpunkt C: Aktuelle europäische Themen*

Monat	Titel, Ort (Land)	Projektpartner/ -innen
Sept. 2003	Umwelt und Verkehr in der Slowakei und der EU-Beitritt, Banská Bystrica (SK)	Nonprofit-Fond Rosnička
Sept./Okt. 2003	Jugendbegegnung Poesie im Park, Vrchotovy Janovice und Sedlčany (CZ)	Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Goethe-Institut, Bundesverwaltungsamt, Österreichisches Kulturforum Prag, Tschechisches Nationalmuseum
Nov. 2003	Reform der Sozialversicherung nach dem EU-Beitritt, Košice (SK)	Nonprofit-Fond Rosnička
Nov. 2003	Ökologisch orientierte Kindergärten im Kontext deutsch-tschechischer Städtepartnerschaften, Praha (CZ)	Agentur GAIA
Februar 2004	Umwelt und Lebensstandard nach der EU-Erweiterung, Bratislava (SK)	Nonprofit Fond Rosnička
März bis Juni 2004	Veranstaltungszyklus „Europa trennt Müll ... und wir?“ (CZ)	Bürgervereinigungen Cesta integrace, Klub Svobodných demokratů Rokycany
April 2004	EU – Globale Verantwortung und Entwicklungshilfe, Olomouc (CZ)	Bürgervereinigung Sdružení pro otevřenou společnost
April 2004	Aktuelle Ausbildungstrends in Europa und bei uns,	Glopolis

	Pardubice (CZ)	
April 2004	Tschechische Entwicklungshilfe und der EU-Beitritt, Olomouc (CZ)	Glopolis
Mai 2004	Verkehr und der Brünner Bahnhof in Europa, Brno (CZ)	Glopolis
Mai 2004	Alternativenergien – Strategien der EU und ihre Anwendung in Tschechien, České Budějovice (CZ)	Tschechischer Verband für Umweltschutz
Mai 2004	Die EU und direktdemokratische Elemente; örtliche Referenden zu Verkehr, Praha und Tábor (CZ)	Bürgervereinigung Cesta integrace
Mai 2004	EU – Entwicklung des ländlichen Raums, Roudný na Frydštejně (CZ)	Bürgervereinigung Sdružení pro otevřenou společnost
Juni 2004	EU- Alternativenergien oder Haben Windkraftwerke in Tschechien Zukunft?, Hrádek nad Nisou (CZ)	Bürgervereinigung Sdružení pro otevřenou společnost
Juni 2004	Tschechien und die Agrarsubventionen der EU, Jihlava (CZ)	Glopolis
Juni 2004	Tag der Offenen Tür der Deutschen Botschaft Prag, Präsentation der Stiftungsarbeit, Praha (CZ)	Deutsche Botschaft Prag
Juni 2004	Tschechien und die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, Plzeň (CZ)	Glopolis
Juni 2004	Offenes Europa oder Festung? Entwicklungshilfe, Flüchtlingsproblematik, Immigration, Brno (CZ)	Bürgervereinigung Sdružení pro otevřenou společnost
Juni 2004	EU und Verkehr, Jílové u Prahy (CZ)	Bürgervereinigung Cesta integrace
Juni 2004	Familie, Erziehung und Umweltschutz in der EU, Plzeň und Rokycany (CZ)	Bürgervereinigung Klub Svobodných demokratů Rokycany

## Anhang C

### Wahlen zum Europäischen Parlament - Ergebnisse

#### Tschechien

#### Wahlergebnisse

Parties	%	Seats	EPP-ED	PES	ALDE	Greens/EFA	EUL/NGL	IND/DEM	UEN	NA
<b>ODS</b>	30	9	9							
<b>KSCM</b>	20.3	6					6			
<b>SN/ED</b>	11	3	3							
<b>KDU-CSL</b>	9.6	2	2							
<b>CSSD</b>	8.8	2		2						
<b>Nezavisli</b>	8.2	2						1		1
<b>Others</b>	12.1	0								
<b>Total</b>	100	24	14	2	0	0	6	1	0	1

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/cz/results/table.html>

#### Gewählte Abgeordnete

<b>a. ODS- OBCANSKA DEMOKRATICKA STRANA (PPE-DE)</b>	
1. Jan ZHRADIL	6. Nina SKOTTOVA
2. Jaroslav ZVERINA	7. IVO STREJCEK
3. Petr DUCHON	8. Oldrich VLASAK
4. Miroslav OUZSKY	9. Jaroslav ZVERINA
5. Hynek FAJMON	.
<b>b. KDU - CSL - KRESTANSKA DEMOCRATICKA UNIE (PPE-DE)</b>	
1. Zuzana ROITHOVA	2. Jan BREZINA
<b>c. CSSD - CESKA STRANA SOCIALNE DEMOKRATICKA (PSE)</b>	
1. Libor ROUCEK	2. Richard FALBR
<b>d. KSCM - KOMUNISTICKA STRANA CECH A MORAVY (GUE/NGL)</b>	
1. Miloslav RANSDORF	4. Jiri MASTALKA
2. Vladimir REMEK	5. Věra FLASAROVA
3. Jaromír KOHLICEK	6. Daniel STROZ
<b>e. SN/ED - SDRUZENI NEZAVISLYCH a EVROPSTI DEMOKRATE (Others)</b>	
1. Jozef ZIELENIEC (ED)	3. Tomas ZATLOUKAL
2. Jana HYBASKOVA (Ind.)	.
<b>f. N - NEZAVISLI (Others)</b>	
1. Vladimir ZELEZNY	2. Jana BOBOSIKOVA

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/cz/results/names.html>

## Slowakei

### Wahlergebnisse

Parties	%	Seats	EPP-ED	PES	ALDE	Greens/EFA	EUL/NGL	IND/DEM	UEN	NA
<b>SDKÚ</b>	17.1	3	3							
<b>LS-HZDS</b>	17	3								3
<b>SMER/SDL</b>	16.9	3		3						
<b>KDH</b>	16.2	3	3							
<b>SMK</b>	13.2	2	2							
<b>Others</b>	19.6	0								
<b>Total</b>	100	14	8	3	0	0	0	0	0	3

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/sk/results/table.html>

### Gewählte Abgeordnete

<b>a. SDKU - SLOVENSKA DEMOKRATICKA A KRESTANSKA UNIA (PPE-DE)</b>	
1. Peter STASTNY	3. Zita PLESTINSKA
2. Milan GALA	.
<b>b. KDH - KRESTANSKO DEMOKRATICKE HNUTIE (PPE-DE)</b>	
1. Anna ZABORSKA	2. Miroslav MIKOLASIK
3. Jan HUDACKY	.
<b>c. SMK-MKP - STRANA MADARSKEJ KOALÍCIE - MAGYAR KOALICIO PARTJA (PPE-DE)</b>	
1. Edit BAUER	2. Arpad DUKA-ZOLYOMI
<b>d. SMER - TRETIA CESTA (PSE) + SDL - STRANA DEMOKRATICKEJ LAVICE + SDSS - SOCIÁLNODEMOKRATICKÀ STRANA SLOVENSKA+ SZS - STRANA ZELENÝCH NA SLOVENSKU</b>	
1. Monika BENOVA	3. Vladimír MANKA
2. Milos KOTEREC	.
<b>e. LS - HZDS - HNUTIE ZA DEMOKRATICKE SLOVENSKO (Peoples Party) (NI)</b>	
1. Sergej KOZLIK	3. Irena BELOHORSKA
2. Peter BACO	.

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/sk/results/names.html>

## Ungarn

### Wahlergebnisse

Parties	%	Seats	EPP-ED	PES	ELDR	EUL/NGL	Greens/EFA	UEN	EDD	OTHERS
<b>FIDESZ- MPP</b>	47.4	12	12							
<b>MSZP</b>	34.3	9		9						
<b>SZDSZ</b>	7.7	2			2					
<b>MDF</b>	5.3	1	1							
<b>Others</b>	5.3	0								
<b>Total</b>	100	24	13	9	2	0	0	0	0	0

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/hu/results/table.html>

### Gewählte Abgeordnete

<b>a. FIDESZ - MPSZ - FIDESZ- MAGYAR POLGARI PART (EPP-ED)</b>	
1. Pál SCHMITT	7. Zsolt BECSEY
2. József SZÁJER	8. Lívia JÁRÓKA
3. László SURJÁN	9. Béla GLATTFELDER
4. György SCHÖPFLIN	10. Csaba ŐRY
5. Etelka BARSINE PATAKY	11. István PÁLFI
6. Andras GYÜRK	12. Kinga GÁL
<b>b. MDF - MAGYAR DEMOKRATA FORUM (PPE-DE) + FKGP -FUGGETLEN KISGAZDAPART + MDPN MAGYAR DEMOKRATA NEPPART+ IDF IFJUSAGI DEMOKRATA FORUM + VP VALLALKOK PARTJA</b>	
1. Péter OLAJOS	.
<b>c. MSZP - MAGYAR SZOCIALISTA PART (PSE)</b>	
1. Katalin LÉVAI	5. Edit HERCZOG
2. Gábor HARANGOZÓ	6. Alexandra DOBOLYI
3. Magda KÓSA KOVÁCS	7. Gyula HEGYI
4. Szabolcs FAZAKAS	.
<b>d. SZDSZ - SZABAD DEMOKRATAK SZÖVETSEGE (ELDR)</b>	
1. Gábor DEMSZKY	2. István SZENT-IVÁNYI

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/hu/results/names.html>

### Legende zu den Fraktionen im Europäischen Parlament

**EPP-ED** - European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats  
**PES** - Party of European Socialists  
**ELDR** - European Liberal, Democrat and Reformist Party  
**EUL/NGL** - European United Left/Nordic Green Left  
**Greens/EFA** - Greens/European Free Alliance  
**UEN** - Union for Europe of the Nations  
**EDD** - Europe of Democracies and Diversities  
**OTHERS**

## Anhang D

### Presseberichte über die Arbeit der HBS in Prag

#### 1. Artikel des Tschechischen Rundfunks vom 27.08.2003

##### Stiftungsarbeit in Tschechien

*Die Förderung des Transformationsprozesses in Tschechien ist einer der Schwerpunkte der hierzulande niedergelassenen deutschen Stiftungen. Ziel ist dabei, durch politische Beratung und Bildung Tschechien bei der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Dazu mehr im folgenden Beitrag von Katrin Sapina.*

Nach dem politischen Umbruch 1989 wurden ausländische Organisationen mit offenen Armen empfangen. Jahrelang haben sich deutsche Organisationen in Tschechien am Aufbau und an der Unterstützung einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft beteiligt. Das Ziel wurde im Prinzip erreicht und die Republik bereitet sich nun auf den EU-Beitritt vor. Auch stehen die Organisationen hierzulande vor einer neuen Herausforderung. Ich sprach mit Milan Horacek, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag. Meine erste Frage an ihn galt den Projekten, die sein Büro realisiert:

*"Es ist eine der fünf politischen Stiftungen, deshalb ist der Auftrag klar. Aber weil wir der Partei Bündnis 90/Grünen als Stiftung nahe stehen, liegt der Themenschwerpunkt in der Ökologiearbeit. Doch nicht nur, wir realisieren auch Projekte in Richtung Menschenrechte, Kulturpolitik, Frauenproblematik, u.s.w. Gegenwärtig laufen Projekte, die schon seit über zehn Jahren durchgeführt werden. Zum Beispiel arbeiten wir eng mit der Organisation "Öko-Bauer ProBio" zusammen. Die schon große Erfolge hierzulande erzielt hat. Im Hinblick auf die EU-Erweiterung beschäftigen wir uns intensiv mit der Energie,-und Trinkwassereinsparungen. Die Nutzung der Windenergie ist in Tschechien noch nicht so ausgereift, wie es z.B. in Deutschland der Fall ist."*

Den Schwerpunkt der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung stellen Veranstaltungen zur Zukunft Mitteleuropas und zum EU-Beitritt Tschechiens dar. Milan Horacek fasst diesbezüglich die Themenschwerpunkte die im Rahmen des Beitrittsprogramms durchgeführt werden, kurz zusammen.

*"Im Zusammenhang mit dem Referendum haben wir eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, um bestimmte Ängste abzubauen. Ängste, die entweder bewusst von manchen EU-Skeptikern hierzulande verbreitet worden sind, oder die unbewußt entstehen. Manche befürchten zum Beispiel, daß bestimmte Lebensmittel nicht mehr produziert werden dürfen, oder dass "dies und jenes" verboten wird.Und genau das möchten wir durch Veranstaltungen oder Diskussionen ins richtige Licht rücken. In verschiedenen anderen Bereichen haben die Leute Angst,unter anderem auch, dass "Europa" ungebremst auf uns zukommen und uns mit ihrer wirtschaftlichen Kraft und Überlegenheit niederwalzen wird. Diese Vorurteile und Ängste möchten wir aus dem Weg räumen. Wir bekommen auch eine finanzielle Unterstützung aus Brüssel, die vernünftig ausgehandelt worden ist. Und ändern muß man sich sowieso, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können."*

**Source: Czech Radio 7, Radio Prague**

URL: <http://www.radio.cz/de/artikel/44579>, 27.08.2003

© Copyright 1996, 2004 Radio Prague

All rights reserved.



# Ein Jahrzent Öko-Solarpavillon

Seit 1994 hat das Prager Büro der Heinrich-Böll-Stiftung seinen Sitz in dem Gebäude

Von Till Janzer

Der Platz ist erhaben, das Objekt selbst eher unscheinbar. Auf einem Felsen, der einen schönen Blick auf die Moldau bietet, liegt in Prag-Barrandov der Öko-Solarpavillon. Das einstöckige Gebäude aus Holz und Glas war einst ein Vorzeigeprojekt.

Zu seiner Einweihung war die einfache Art, wie hier die Kraft der Sonnenenergie genutzt wurde, in Tschechien noch eine Besonderheit.

"Niedrigenergiehäuser wie heute gab es hingegen damals noch nicht"; sagt Milan Horáček, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), die hier ihren Sitz hat. Doch die Entwicklung auf dem Sektor "Ökologisches Bauen" hat in den vergangenen zehn Jahren die Technik des Öko-Solarpavillons längst überholt. Dafür aber lässt sich dem Bau eine gewisse historische Bedeutung zuschreiben.

"Milan Horáček kam damals in einer kritischen Zeit nach den Wahlen 1992 mit der Idee, alternatives Denken zu fördern", berichtet Ivan Dejmál, Ex-Umweltminister und Vorsitzender der Liga für ökologische Alternativen (LEA), die auch ein Büro im Öko-Solarpavillon unterhält. Dazu wollte Horáček unter anderem ein Informations-Zentrum schaffen. Partner fand er in der Familie von Václav Havel und dessen Bruder Ivan Havel. Mit dem Dichter, ehemaligen Dissidenten und langjährigen tschechischeri Präsidenten Václav Havel ist Milan Horáček, der Ende der 60er nach Deutschland floh, gut bekannt.

Das Angebot lautete: Man könne doch das Gewächshaus auf ihrem Grundstück neben dem ehemaligen Ausflugslokal "Terasy Barrandov" umbauen.

Anstoss für Umweltinitiativen Auf diese Weise entstand damals für 220 000 Mark der heutige Öko-Solarpavillon.

Die Holzwände wurden an der Nordseite wärmeisoliert und die Südseite wurde grossflächig verglast. Neben dieser passiven Nutzung der Sonnenenergie wurden zudem 60 Quadratmeter Sonnenkollektoren zur Nutzwasserwärmung auf dem Dach, installiert. 1994 öffnete das Gebäude seine Pforten.

"Seine Realisierung zeigte, dass wir solche Projekte machen können und gab Antrieb für eine ganze Reihe Umweltinitiativen", fasst Dejmál die Bedeutung des Gebäudes: und der dahinter stehenden Idee zusammen. Zehn Jahre ist die Eröffnung her. Zehn Jahre, die Milan Horáček durchweg positiv wertet. Rund 450 Projekte hat die Heinrich-Böll-Stiftung seither von ihrem Büro in Barrandov aus geplant oder unterstützt. Regelmässig finden Schulklassen den Weg in das Gebäude auf dem Moldaufelsen. Ansonsten diene der Pavillon "der klassischen Aufklärung", erläutert Horáček. Seine Organisation und NGOs würden hier Alternativen "für mehrere Felder des täglichen Lebens" aufzeigen. Den sparenden Umgang mit Trinkwasser nennt Horáček als Beispiel: "Als wir hier eröffneten, war es ja noch gängig, dass die Leute ihr Auto mit dem Gartenschlauch abspritzten. Wir zeigten damals bereits, dass es auch anders geht." Die Nutzung alternativer Energiequellen Wind und Sonne sowie der Öko-Landbau und seine Produkte sind weitere Bereiche, in denen auch einen Termin vereinbaren. Jeden

Herbst veranstalten die Böll-Stiftung, LEA und der Verband Pro-Bio den so genannten Öko-Jahrmarkt. Auf diesem Treffen, das mittlerweile eine kleine Tradition hat, präsentieren mittlerweile 35 tschechische BioBauern in einer Art Verkaufsausstellung, ihre Produkte. Das wird auch in diesem Jahr wieder so sein. Aber auch als Sitz der Heinrich-Böll-Stiftung, die dem deutschen Bündnis 90/Die Grünen nahe steht, hat sich der Öko-Solarpavillon laut Milan Horáček bewährt: "Die anderen, deutschen Parteien nahe stehenden, politischen Stiftungen zahlen teilweise hohe Mieten für stadtnahe Büros. Wir zahlen symbolisch umgerechnet 100 Mark pro Monat, damit haben wir die Umbaukosten bereits wieder raus. Und die anderen Stiftungen haben längst nicht soviel Raum", bilanziert er. Wer den Pavillon allerdings kennt, weiss es: Da das Gebäude ursprünglich nicht für die ganzjährige Nutzung gedacht war, kann es an strangen Frosttagen hier auch recht ungemütlich werden. Doch auch dieser leichte Konstruktionsfehler verhinderte nicht, dass es im Pavillon schon höchst politisch zuzugang. Nicht nur, dass die deutsche Verbraucherministerin Renate Künast hier einen Vortrag hielt. Am Rande der Feier zu seinem fünfzigsten Geburtstag traf sich Milan Horáček im Herbst 1997 mit Joschka Fischer. "Da haben wir schon den Regierungswechsel in Deutschland vorbereitet"; sagt verschmitzt der tschechische Deutschland-Emigrant, der Gründungsmitglied der Grünen ist und den heutigen Bundesausserminister noch

aus den frühen Frankfurter Zeiten kennt.

- 
- <sup>1</sup> Der Rat der Europäischen Union. [http://europa.eu.int/scadplus/nice\\_treaty/council\\_de.htm](http://europa.eu.int/scadplus/nice_treaty/council_de.htm)
- <sup>2</sup> Umfassender Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen KOM (2003) 675 endgültig, 5.11.2003. [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003\\_0675de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003_0675de01.pdf)
- <sup>3</sup> [http://europa.eu.int/scadplus/nice\\_treaty/council\\_de.htm](http://europa.eu.int/scadplus/nice_treaty/council_de.htm)
- <sup>4</sup> <http://www.euractiv.com/cgi-bin/cgint.exe?204&OIDN=500664&-tt=eI>
- <sup>5</sup> Süddeutsche Zeitung online: Tschechen stimmen über EU-Mitgliedschaft ab. 13.06.2003  
<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/848/12836/>
- <sup>6</sup> Radio Prag: Präsident Klaus kritisiert EU - Keine Empfehlung für Volksentscheid. Von Lothar Martin. [11.06.2003]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/41687>
- <sup>7</sup> Das Europäische Parlament nach der Erweiterung.  
<http://www.europarl.de/index.php?psize=800&rei=4&dok=301>
- <sup>8</sup> Der Rat der Europäischen Union.  
[http://europa.eu.int/scadplus/nice\\_treaty/council\\_de.htm](http://europa.eu.int/scadplus/nice_treaty/council_de.htm)
- <sup>9</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Tschechien: Pavel Telička. Zuletzt aktualisiert: 17. April 2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/politik/1326252.html>
- <sup>10</sup> <http://www.euractiv.com/cgi-bin/cgint.exe?204&OIDN=500664&-tt=eI>
- <sup>11</sup> Das Europäische Parlament nach der Erweiterung.  
<http://www.europarl.de/index.php?psize=800&rei=4&dok=301>
- <sup>12</sup> Der Rat der Europäischen Union.  
[http://europa.eu.int/scadplus/nice\\_treaty/council\\_de.htm](http://europa.eu.int/scadplus/nice_treaty/council_de.htm)
- <sup>13</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Slowakei: Jan Figel. Zuletzt aktualisiert: 16. April 2004.  
<http://www.mdr.de/eu/1325695.html>
- <sup>14</sup> <http://www.euractiv.com/cgi-bin/cgint.exe?204&OIDN=500664&-tt=eI>
- <sup>15</sup> Das Europäische Parlament nach der Erweiterung.  
<http://www.europarl.de/index.php?psize=800&rei=4&dok=301>
- <sup>16</sup> Der Rat der Europäischen Union.  
[http://europa.eu.int/scadplus/nice\\_treaty/council\\_de.htm](http://europa.eu.int/scadplus/nice_treaty/council_de.htm)
- <sup>17</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Ungarn: Péter Bálažs. Zuletzt aktualisiert: 15.04.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/ungarn/politik/1323530.html>
- <sup>18</sup> Eurobarometer: Flash EB 161: European Elections 2004 Barometer. Wave: 2. 02.06.2004.
- <sup>19</sup> [http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout\\_ep/turnout\\_table.html](http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout_ep/turnout_table.html)
- <sup>20</sup> Radio Prag: Letzte Umfragen vor der Europawahl. Von Dagmar Keberlová. [07-06-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/54714>
- <sup>21</sup> [http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout\\_ep/turnout\\_table.html](http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout_ep/turnout_table.html)
- <sup>22</sup> <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/cz/results/table.html>
- <sup>23</sup> Radio Prag: Niederlage der Regierungsparteien in der Europawahl. Von Dagmar Keberlová. [14.06.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/55000#1>
- Radio Prag: Europawahlen bringen innenpolitisches Erdbeben. Von Gerald Schubert. [14-06-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/54978>
- Radio Prag: Regierung Spidla offiziell zurück getreten. Von Markéta Maurová. [01-07-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/55599>
- <sup>24</sup> Radio Prag: Ringen um neue Regierung: Karten neu gemischt. Von Gerald Schubert. [08-07-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/55786>
- <sup>25</sup> Radio Prag: Die politischen Parteien und die EU - Teil 5: Die Sozialdemokraten. Von Gerald Schubert. [30-04-2004] <http://www.radio.cz/de/artikel/53828>
- Radio Prag: Die politischen Parteien und die EU - Teil 2: Die Christdemokraten. Von Gerald Schubert. [27-04-2004] <http://www.radio.cz/de/artikel/53216>
- Radio Prag: Die politischen Parteien und die EU - Teil 1: Die Freiheitsunion. Von Gerald Schubert. [26-04-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/53189>
- Radio Prag: Die politischen Parteien und die EU - Teil 3: Die Kommunisten. Von Gerald Schubert. [28-04-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/53257>
- Radio Prag: Die politischen Parteien und die EU - Teil 4: Die Demokratische Bürgerpartei (ODS). Von Gerald Schubert. [29-04-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/53307>
- <sup>26</sup> European election round up Thursday. By Andrew Beatty. 03.06.2004.  
<http://www.euobserver.com/?sid=154&aid=16413>
- The Slovak Spectator: Smer still leads Slovak EP election polls. By Martina Jurinová. [6/7/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok-16339.html>
- <sup>27</sup> <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/sk/results/table.html>
- <sup>28</sup> [http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout\\_ep/turnout\\_table.html](http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout_ep/turnout_table.html)
- <sup>29</sup> Zitat: Mitteldeutscher Rundfunk: Dauernder Machtkampf um nur wenige Stimmen. Von Kristian Schulze. Zuletzt aktualisiert: 26.04.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/slowakei/1348139.html>

- 
- <sup>30</sup> The Slovak Spectator: Constitution under fire. By Martina Jurinová. [6/28/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok-16499.html>
- <sup>31</sup> <http://www.sdkuonline.sk/english/policy.php3>
- <sup>32</sup> <http://www.ano-aliancia.sk/?view=article&id=28&lang=en>
- <sup>33</sup> <http://www.strana-smer.sk/de/>
- <sup>34</sup> <http://www.english.hzds.sk/>
- <sup>35</sup> [http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout\\_ep/turnout\\_table.html](http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/turnout_ep/turnout_table.html)
- <sup>36</sup> <http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/en/results1306/countries/hu/results/table.html>
- <sup>37</sup> <http://www.europeangreens.org/peopleandparties/members/hungary.html>
- <sup>38</sup> Neue Zürcher Zeitung: Ungarn - Stabilität trotz heissblütiger Politik. 31.03.2004.  
<http://www.nzz.ch/dossiers/2002/osterweiterung/2004.03.31-al-article9HWE5.html>
- <sup>39</sup> Die wichtigsten Punkte der neuen EU-Verfassung.  
[http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3374722\\_TYP1\\_NAVSPM3-3372750\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3374722_TYP1_NAVSPM3-3372750_REF1,00.html)  
Mitteldeutscher Rundfunk: EU-Verfassung Irlands Vorschläge in der Übersicht. Zuletzt aktualisiert: 18.06.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1437731.html>
- <sup>40</sup> <http://www.mdr.de/eu/wandel/973946.html>
- <sup>41</sup> Radio Prag: EU-Gipfel: Tschechien verlangt Änderung im irischen Kompromissvorschlag. Von Markéta Maurová. [18.06.2004]  
<http://radio.cz/de/nachrichten/55177>,
- <sup>42</sup> The Slovak Spectator: EU forges its constitution. By Lukáš Fila. [6/28/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok-16503.html>
- <sup>43</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: EU-Verfassung Parlamentsbeschluss oder Referendum - Ein Überblick.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1336941-hintergrund-1393545.html>
- <sup>44</sup> The Slovak Spectator: KDH wants referendum on EU constitution. By Martina Jurinová. [6/24/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok.asp?cl=16494>  
The Slovak Spectator: KDH opposes EU constitution. By Martina Jurinová. [6/21/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok.asp?cl=16481>
- <sup>45</sup> The Slovak Spectator: Slovakia becomes NATO member. By Beata Balogová. [3/30/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok.asp?vyd=online&cl=15615>
- <sup>46</sup> Radio Prag: Visegrad-Staaten wollen auch nach EU-Beitritt zusammenarbeiten. Von Martina Schneibergova [23.06.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten>  
Radio Prag: Visegrád-Staaten wollen Kooperation beim Umweltschutz. Von Gerald Schubert. [21.05.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/54187#1>
- <sup>47</sup> Radio Prag: Trittin auf Kurzbesuch in Tschechien. Von Gerald Schubert. [07.08.2003]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/43846>
- <sup>48</sup> Radio Prag: Bundesaußenminister Joschka Fischer in Prag: Scheitern des Verfassungs-Kompromisses wäre schlimmste Krise für EU. Von Silja Schultheis. [26-08-2003]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/44543>
- <sup>49</sup> Radio Prag: Bundeskanzler Schröder besucht Prag. Von Gerald Schubert und Markéta Maurová. [05-09-2003]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/44927>  
Bundeskanzler Schröder in Prag: Es geht um eine gemeinsame europäische Perspektive. 05.09.2003.  
<http://www.bundeskanzler.de/Weitere-Meldungen-.8106.521956/Bundeskanzler-Schroeder-in-Prag-Es-geht-um-eine-...htm?sort=nc.Titel>
- Radio Prag: "Tschechien und Deutschland haben allen Anlass, nach vorne zu blicken". Von Markéta Maurová. [08-09-2003]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/44997>
- <sup>50</sup> Radio Prag: Premier Spidla besucht Deutschland. Von Lothar Martin. [17-02-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/50699>
- <sup>51</sup> Radio Prag: Bundesverteidigungsminister Peter Struck zu Besuch in Prag. Von Martina Schneibergová. [19.02.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/50816>
- <sup>52</sup> Radio Prag: Joschka Fischer in Prag - Absage an erneute Benes-Diskussion. Von Gerald Schubert. [01-03-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/51172>
- <sup>53</sup> Radio Prag: Tschechische Politiker gegen Berlin als Ort für Zentrum gegen Vertreibung. Von Martina Schneibergová [18.07.2003]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/43169>
- <sup>54</sup> Radio Prag: Sondergesetz über Verdienste von Präsident Edvard Benes. Von Jitka Mladková. [25-02-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/51006>
- <sup>55</sup> Radio Prag: Tschechische Reaktionen auf den Sudetendeutschen Tag in Nürnberg. Von Gerald Schubert. [31-05-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/54472>
- <sup>56</sup> Radio Prag: Meinungsseiten: Benes-Dekrete und tschechischer Irak-Einsatz. Von Danial Satra. [04-06-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/54618>

- 
- <sup>57</sup> Radio Prag: Europäische Kommission: Frage der Benes-Dekrete abgeschlossen. Von Dagmar Keberlová. [01.06.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/54519#2>
- <sup>58</sup> Zwei Tage, drei Länder: Bundeskanzler besuchte Slowakei und westlichen Balkan. 30.10.2003.  
[http://www.bundesregierung.de/artikel-413.548450/Zwei-Tage\\_-drei-Laender-Bundes.htm](http://www.bundesregierung.de/artikel-413.548450/Zwei-Tage_-drei-Laender-Bundes.htm)
- <sup>59</sup> [http://www.bundesregierung.de/dokumente/-\\_413.604410/Bild/dokument.htm](http://www.bundesregierung.de/dokumente/-_413.604410/Bild/dokument.htm)
- <sup>60</sup> [http://www.auswaertiges-  
amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=14&land\\_id=154](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=154)  
[http://www.auswaertiges-  
amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_archiv?land\\_id=154&a\\_type=Pressemitteilungen&archiv\\_id=5481](http://www.auswaertiges-<br/>amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_archiv?land_id=154&a_type=Pressemitteilungen&archiv_id=5481)  
[http://www.auswaertiges-  
amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_archiv?land\\_id=154&a\\_type=Pressemitteilungen&archiv\\_id=5168](http://www.auswaertiges-<br/>amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_archiv?land_id=154&a_type=Pressemitteilungen&archiv_id=5168)
- <sup>61</sup> Budapester Zeitung: Fischer setzt auf Ungarns Beitrag. 28.07.2003.  
<http://www.budapester.hu/artikel.php?artikelid=4024>
- <sup>62</sup> Budapester Zeitung: Medgyessy lehnt Schröders Rat ab. 24.11.2003.  
<http://www.budapester.hu/artikel.php?artikelid=4314>
- <sup>63</sup> Budapester Zeitung: Ökologie nach deutschem Muster. 01.12.2003.  
<http://www.budapester.hu/artikel.php?artikelid=4336>
- <sup>64</sup> Bundesaußenminister Joschka Fischer kommt am 2. Februar nach Budapest. 29.01.2004.  
<http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/botschaft/abteilungen/view.php?id=354>
- <sup>65</sup> Bundesjustizministerin Zypries am 21. Februar zum Gedankenaustausch mit ihrem Amtskollegen in Budapest. 19.02.2004  
<http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/botschaft/abteilungen/view.php?id=361>
- <sup>66</sup> Budapester Zeitung: Rau verabschiedet sich mit Ungarn-Besuch. 27.04.04.  
<http://www.budapester.hu/artikel.php?artikelid=4698>
- <sup>67</sup> Bundesverteidigungsminister Peter Struck kommt am 13./14. Mai nach Budapest. 12.05.2004.  
<http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/botschaft/abteilungen/view.php?id=407>
- <sup>68</sup> Umfassender Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei. KOM (2003) 675. 5.11.2003.  
<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/reff/20031124/030675DE.pdf>
- <sup>69</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Finanzreform: Špidla übersteht Misstrauensantrag. Erstellt am 26.09.2003 zuletzt aktualisiert: 11.11.2003.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/politik/956318.html>  
Radio Prag: Tschechische Regierung hat Misstrauensvotum überstanden. Von Markéta Maurová. [26-09-2003]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/45690>
- <sup>70</sup> Radio Prag: Regierung beschließt Abschaffung des Zivildienstes. Von Gerald Schubert [02-06-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/54547>
- <sup>71</sup> Radio Prag: Tschechien: 3,1 Prozent Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2004. Von Lothar Martin. [10.06.2004] <http://www.radio.cz/de/nachrichten/54858>
- <sup>72</sup> Radio Prag: Löhne in Tschechien sind um durchschnittlich neun Prozent gestiegen. Von Lothar Martin. [02-06-2004] <http://www.radio.cz/de/artikel/54546>
- <sup>73</sup> Radio Prag: EU-Beitritt Tschechiens hat keine bedeutende Preiserhöhung mit sich gebracht. Von Dagmar Keberlová. [21-06-2004]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/55201>
- <sup>74</sup> Umfassender Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei. KOM (2003) 675. 5.11.2003.  
<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/reff/20031124/030675DE.pdf>
- <sup>75</sup> Mitteldeutscher Rundfunk Slowakisches Parlament beschließt "Flat Tax". 29.10.2003 zuletzt aktualisiert: 05.01.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/slowakei/725270.html>
- <sup>76</sup> The Slovak Spectator: Despite swelling unemployment, analysts say there is reason for optimism: Economy beats expectations. By Beata Balogová [6/21/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok-16425.html>  
The Slovak Spectator: Unemployment hits 19.3 percent [6/21/2004]  
<http://www.slovakspectator.sk/clanok-16459.html>
- <sup>77</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Massiver Polizeieinsatz gegen Roma-Protteste. zuletzt aktualisiert: 27.02.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1235704.html>  
Mitteldeutscher Rundfunk: Roma in der Slowakei: Leben im Teufelskreis. Von Valerie Schneider.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1232198-hintergrund-1386222.html>
- <sup>78</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Regierung beschließt 12-Punkte-Plan. Erstellt am 27.02.2004 zuletzt aktualisiert: 17.05.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1235349.html>

- 
- <sup>79</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Gašparovič als Präsident vereidigt. zuletzt aktualisiert: 17.06.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1436373.html>  
Mitteldeutscher Rundfunk: Gašparovič wird neuer Präsident. zuletzt aktualisiert: 19.04.2004  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1333523.html>
- <sup>80</sup> Umfassender Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei. KOM (2003) 675. 5.11.2003.  
<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/rett/20031124/030675DE.pdf>
- <sup>81</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Ungarn schafft Wehrpflicht ab. zuletzt aktualisiert: 16.06.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1434650.html>
- <sup>82</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Finanzminister László verliert Posten. zuletzt aktualisiert: 07.01.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/ungarn/politik/1139701.html>
- <sup>83</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Ungarn und Slowakei einigen sich auf Ersatz. zuletzt aktualisiert: 12.12.2003.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1100853.html>  
Mitteldeutscher Rundfunk: Budapest will Staatsbürgerschaft für Auslandsungarn. zuletzt aktualisiert: 12.12.2003.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1084917.html>
- <sup>84</sup> Radio Prag: Tschechien: Ökosteuer im Visier. Von Lothar Martin [17-12-2003]  
<http://www.radio.cz/de/artikel/48621>
- <sup>85</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Tschechien: Ausbaustopp für Temelin. zuletzt aktualisiert: 18.01.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/wirtschaft/1158752.html>
- <sup>86</sup> Radio Prag: Nach Zwischenfall: EU-Experten untersuchten AKW Temelín. Von Lothar Martin. [10.06.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/54858>  
Radio Prag: AKW Temelin nach Störung wieder angefahren. Von Daniel Satra. [21.06.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/55236#4>
- <sup>87</sup> Prezident republiky podepsal nové zákony. 15.04.2004.  
<http://www.hrad.cz/cz/>
- <sup>88</sup> <http://www.stanoviste.natura2000.cz/vypsati.php?id=93>
- <sup>89</sup> <http://www.stanoviste.natura2000.cz/vypsati.php?id=3&hledej=ambrozek>
- <sup>90</sup> Radio Prag: Vermutlich zwölfter BSE-Fall in Tschechien. Von Lothar Martin. [10.06.2004]  
<http://www.radio.cz/de/nachrichten/54858>
- <sup>91</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Die Rollende Landstraße rollt aus. zuletzt aktualisiert: 19.05.2004  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/wirtschaft/1389223.html>  
Radio Prag: Letztmals "Rollende Landstraße" von Sachsen nach Tschechien. Von Markéta Maurová [18.06.2004]  
<http://radio.cz/de/nachrichten/55177>
- <sup>92</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Parallel-Kanal Neuer Vorschlag für Elbe-Staustufen. zuletzt aktualisiert: 21.05.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/wirtschaft/1393187.html>
- <sup>93</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Parlament verhindert Elbeausbau. zuletzt aktualisiert: 23.02.2004.  
<http://www.mdr.de/eu/aktuell/1225193.html>
- <sup>94</sup> <http://www.changenet.sk/?section=spr&x=85690&chat=14654>
- <sup>95</sup> <http://www.changenet.sk/?section=spr&x=84807&chat=14654>
- <sup>96</sup> [http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/wirtschaft/wissenschaft/link\\_umweltschutz.php](http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/wirtschaft/wissenschaft/link_umweltschutz.php)
- <sup>97</sup> [http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/wirtschaft/wissenschaft/link\\_umweltschutz.php](http://www.deutschebotschaft-budapest.hu/de/wirtschaft/wissenschaft/link_umweltschutz.php)
- <sup>98</sup> <http://www.nfoeurope.com/ib/NewsLetter.cfm?lan=de&ObjectId=E011B5E8-8485-498A-83BABB2C4ECC0FA>